Evangelisch-reformierte Landeskirche
des Kantons Zürich

Kirchensynode

Hirschengraben 50
Postfach
8024 Zürich
Tel. 044 258 91 11

parlamentsdienst@zhref.ch
www.zhref.ch

Kirchensynode

Protokollauszug

19. März 2024

Beschluss KS 2024-5; Geschäft-/Dossier:
2023-419; Aktenplan: 1.13.3
IDG-Status: öffentlich
Publikation: integral

Staatliche Kostenbeiträge 2026-2031: Ökumenisches Tätigkeitsprogramm und Rahmenkredit für Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften: Antrag und Bericht des Kirchenrates an die Kirchensynode

Antrag

1. Vom Bericht betreffend Ökumenischer Bericht der Reformierten und der Katholischen Kirche im Kanton Zürich zur Verwendung der Kostenbeiträge des Staates in der Beitragsperiode 2020–2025 wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Vom Bericht des Kirchenrates betreffend Tätigkeitsprogramm 2026–2031 der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich und der Römisch-katholischen Körperschaft im Kanton Zürich wird zustimmend Kenntnis genommen.
3. Vorbehältlich der Bewilligung des Rahmenkredits 2026–2031 von 300 Mio. Franken durch den Kantonsrat für staatliche Kostenbeiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften für Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wird zur Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften in den Jahren 2026–2031 ein Rahmenkredit von 6 Mio. Franken bewilligt.
4. Die Bewilligung des Rahmenkredits gemäss Ziffer 3 dieses Beschlusses untersteht gemäss Art. 205 Abs. 1 lit. g der Kirchenordnung dem fakultativen Referendum und wird unter Angabe der Referendumsfrist im kantonalen Amtsblatt veröffentlicht.

Bericht

1 Ausgangslage

Das Kirchengesetz vom 9. Juli 2007 (KiG; LS 180.1) legt fest, dass die kantonalen kirchlichen Körperschaften für die Dauer von jeweils sechs Jahren "Programme zur Erbringung von Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung" erstellen. Der Kanton unterstützt diese Tätigkeiten "insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur" (§ 19 KiG) mit Kostenbeiträgen. § 16 der Verordnung zum Kirchengesetz und zum Gesetz über die anerkannten jüdischen Gemeinden vom 8. Juli 2009 (VO KiG-GjG; LS 180.11) hält fest, dass die Tätigkeitsprogramme auch die Tätigkeiten der Kirchgemeinden umfassen und Auskunft geben "über den Inhalt, die beabsichtigte Wirkung, den Adressatenkreis, die Art der Leistungserbringung sowie die Finanzierung der erfassten Tätigkeiten".

Nach Inkrafttreten des Kirchengesetzes am 1. Januar 2010 folgte von 2010 bis 2013 zunächst eine verkürzte Beitragsperiode. Daran schloss von 2014 bis 2019 die erste ordentliche, über sechs Jahre laufende Beitragsperiode an, für die die Kirchen erstmals – je separat – Tätigkeitsprogramme einreichten. Von 2020 bis 2025 folgte die zweite ordentliche Beitragsperiode, für die die Kirchen im März 2018 ein nunmehr gemeinsames, ökumenisches Programm einreichten. Auf dessen Basis bewilligte der Kantonsrat im November 2018 einen Rahmenkredit in Höhe von 300 Mio. Franken bzw. von jährlich 50 Mio. Franken als Unterstützungsbeiträge für die kirchlichen Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung.

§ 20 Abs. 2 VO KiG-GjG sieht vor, dass der Kantonsrat den Rahmenkredit über die staatlichen Kostenbeiträge zu den Tätigkeiten der Kirchen mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung zusammen mit dem Budget im zweitletzten Jahr vor Beginn einer Beitragsperiode verabschiedet. Im Hinblick auf die Beitragsperiode 2026–2031 bedeutet dies, dass die Kirchen ihr Tätigkeitsprogramm bis spätestens Ende April 2024 bei der zuständigen Direktion der Justiz und des Innern einreichen. Die Erstellung des Tätigkeitsprogramms obliegt auf Seiten der Landeskirche dem Kirchenrat, wobei § 21 Abs. 3 der Finanzverordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich vom 19. Januar 2010 (FIVO; LS 181.13) festlegt, dass dieser der Kirchensynode das Tätigkeitsprogramm und die Berichterstattung über die Verwendung der Kostenbeiträge einer Beitragsperiode im Jahr der Einreichung zur Kenntnisnahme unterbreitet. Da das Tätigkeitsprogramm für die Beitragsperiode 2026–2031 besondere Ausgaben zur Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften vorsieht, wird der Kirchensynode überdies die Bewilligung eines Rahmenkredits in Höhe von 6 Mio. Franken für diesen Zweck beantragt.

2 Tätigkeitsbericht 2020–2025

Über die laufende Periode legen die Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft des Kantons Zürich gemäss § 22 KiG im separaten "Ökumenischen Bericht der Reformierten und der Katholischen Kirche im Kanton Zürich zur Verwendung der Kostenbeiträge des Staates in der Beitragsperiode 2020–2025" gemeinsam Rechenschaft ab. Der Tätigkeitsbericht legt dar, dass die Landeskirche und die katholische Kirche im Kanton Zürich ihre Geldmittel in den Jahren 2020 bis 2023 grundsätzlich in der Weise einsetzten, wie sie es in ihren Tätigkeitsprogrammen vorgesehen hatten. Diese Tätigkeiten werden zur Hauptsache von den Kirchen selbst bzw. aus Steuermitteln der natürlichen und der juristischen Personen und nur zu einem Teil vom Staat finanziert. Daran wird sich aller Voraussicht nach auch in den beiden verbleibenden Jahren der laufenden Beitragsperiode nichts ändern, wie der im Tätigkeitsbericht ebenfalls enthaltende Ausblick auf die Jahre 2024 und 2025 zeigt. Neben dem eigentlichen Bericht enthält der Tätigkeitsbericht ausserdem eine Zusammenfassung der vom Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich durchgeführten Studie zu den "Kirchlichen Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung im Kanton Zürich" sowie der diese ergänzenden Studie über den "Beitrag der anerkannten Religionsgemeinschaften im Kanton Zürich zum Gemeinwohl", die vom Religionswissenschaftlichen Seminar und vom Soziologischen Institut der Universität Zürich erarbeitet wurde. Während die erste der beiden Studien zum Ergebnis kommt, dass die Kirchen zwar nach eigener Einschätzung Leistungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung in einem ähnlichen Umfang erbringen wie bei der ersten Untersuchung im Jahr 2017, die kirchlichen Angebote bei der Bevölkerung jedoch inzwischen auf weniger Resonanz stossen, zeigt die zweite Studie auf, dass die Kirchen darüber hinaus weitere Leistungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung erbringen, die von der Studie des Instituts für Politikwissenschaft nicht erfasst werden. So stellen die anerkannten Religionsgemeinschaften der Gesellschaft soziales Kapital zur Verfügung und leisten auch mit ihrer Wertevermittlung und politischer Partizipation einen Beitrag zur Gesellschaft. Dass die Kostenbeiträge des Staates für die Leistungen der Kirchen mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung nach wie vor gerechtfertigt sind, wird schliesslich anhand einer Übersicht über die eingesetzten finanziellen Mittel in den Jahren 2020–2022 dargelegt.

3 Tätigkeitsprogramm 2026–2031

Nachdem der Kirchenrat die Möglichkeit der Einreichung eines separaten, von der Römisch-katholischen Körperschaft unabhängigen Tätigkeitsprogramms geprüft hat, ist er zur Überzeugung gelangt, dass die Vorteile eines gemeinsamen Tätigkeitsprogramms gegenüber den damit verbundenen Nachteilen überwiegen. Zwar böte ein eigenes reformiertes Tätigkeitsprogramm die Möglichkeit, das spezifische Profil reformierter Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung zu betonen sowie die konfessionelle Eigenständigkeit der reformierten gegenüber der katholischen Kirche ins Bewusstsein zu heben. Dies ändert jedoch nichts daran, dass auch in Zukunft viele Tätigkeiten von

gesamtgesellschaftlicher Bedeutung von den beiden Kirchen gemeinsam erbracht werden. Zudem könnte ein solcher Schritt gerade vor dem Hintergrund der im September 2023 publik gewordenen Pilotstudie zu den Missbrauchsfällen innerhalb der katholischen Kirche in dem Sinne missverstanden werden, dass sich die Landeskirche von der Römisch-katholischen Körperschaft distanzieren wolle, während diese sich ihrerseits gegenüber dem Bistum für eine konsequente Aufarbeitung der Vergangenheit und notwendige Reformen einsetzt.

Das der Kirchensynode ebenfalls als separates Dokument zur Kenntnisnahme vorliegende ökumenische Tätigkeitsprogramm geht von der Annahme aus, dass sich die Arbeit der Kirchen in den Jahren 2026–2031 nicht grundsätzlich von ihrer heutigen Tätigkeit unterscheiden wird, sofern die hierfür erforderlichen Mittel vorhanden sind. In diesem Sinne gibt das Programm einen Einblick in Charakter und Art der Leistungen und Angebote in den einzelnen Bereichen Bildung, Kultur und Soziales sowie in weitere Tätigkeiten, und zwar sowohl in den Kirchgemeinden und Pfarreien als auch auf gesamtkirchlicher Ebene. Dass dies nur beispielhaft möglich ist und im Blick auf die Vielzahl und Vielfalt der Angebote keine abschliessende Aufzählung sein kann bzw. die einzelnen Angebote nicht im Detail beschrieben werden können, versteht sich dabei von selbst. Des Weiteren enthält das Programm eine Übersicht über den geplanten Einsatz finanzieller Mittel in den vier Bereichen und schliesslich auch einen Abschnitt über die Perspektiven für die zukünftige Entwicklung kirchlicher und pastoraler Handlungsfelder, die im Zentrum der strategischen Weiterentwicklung stehen werden. Eines dieser Entwicklungsfelder betrifft die Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften.

4 Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften

4.1 Rahmenkredit

Wie eingangs bereits erwähnt sieht das gemeinsame Tätigkeitsprogramm der Evangelisch-reformierten Landeskirche und der Römisch-katholischen Körperschaft vor, dass die beiden Kirchen zur Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften im Kanton Zürich während der Jahre 2026–2031 jährlich einen Beitrag von je 1 Mio. Franken zur Verfügung stellen.

Im Unterschied zu den öffentlich-rechtlich anerkannten kirchlichen Körperschaften mangelt es den nicht anerkannten Religionsgemeinschaften wie den im Verband Orthodoxer Kirchen zusammengeschlossenen orthodoxen Kirchgemeinden im Kanton Zürich oder den der Vereinigung der Islamischen Organisationen im Kanton Zürich (VIOZ) angehörigen muslimischen Gemeinschaften heute an einer angemessenen Struktur und Verfassung. Darunter leiden nicht nur die betreffenden Religionsgemeinschaften. Problematisch ist dies vielmehr auch aus Sicht des Staates. Denn dieser hat im Hinblick auf den sozialen und den kulturellen Zusammenhalt der Gesellschaft ein Interesse daran, dass religiöse Gemeinschaften in die schweizerische Gesellschaft integriert sind und über klare Strukturen und funktionierende Prozesse verfügen. Aufgrund der Zunahme der Anzahl von nicht anerkannten Religionsgemeinschaften und ihres Zuwachses an Mitgliedern hat sich dieses Interesse in den vergangenen Jahrzehnten verstärkt und auch an Dringlichkeit gewonnen.

Eine wesentliche Ursache der strukturellen und organisatorischen Schwäche der nicht anerkannten Religionsgemeinschaften ist das Fehlen der hierfür erforderlichen finanziellen Mittel. Dieser Mangel rührt wiederum daher, dass die nicht öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften im Unterschied zu den Kirchgemeinden über keine Steuererträge verfügen und deshalb (fast) gänzlich auf die Spenden ihrer Mitglieder angewiesen sind. Auch regelmässige Finanzbeiträge von Seiten des Staates erhalten sie anders als die verfassungsrechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften nicht. Deren Privilegierung wird angesichts der Tatsache, dass heute nur noch etwas weniger als die Hälfte der Zürcher Bevölkerung einer der beiden grossen Kirchen angehört, zusehends rechtfertigungsbedürftiger und von Seiten der Politik wird die Frage aufgeworfen, ob die Beschränkung der Entrichtung von Kostenbeiträgen an die Tätigkeiten der verfassungsrechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften noch im Einklang stehe mit dem verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgebot (Art. 8 BV) und dem Gebot der religiösen Neutralität des Staates (Art. 15 BV). Wie in der Ausgangslage dargestellt wurde, entrichtet der Kanton Zürich heute auf der Grundlage des Kirchengesetzes Kostenbeiträge an die kantonalen kirchlichen Körperschaften. Zwar hat er insbesondere die VIOZ in der Vergangenheit ebenfalls verschiedentlich mit Beiträgen unterstützt, doch fehlt eine gesetzliche Grundlage, die es dem Kanton erlauben würde, regelmässige Kostenbeiträge an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften zu entrichten, so dass diese die erwünschten Strukturen aufbauen. Hinzu kommt, dass diese Religionsgemeinschaften wie die Kirchen Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung erbringen, die der Staat heute ebenfalls nicht unterstützen kann,

um dafür Sorge zu tragen, dass diese in der gewünschten Qualität erbracht und ausgeweitet werden können.

Sowohl die Evangelisch-reformierte Landeskirche als auch die Römisch-katholische Körperschaft sind seit langem im interreligiösen Dialog engagiert. Darüber hinaus arbeiten sie in der Seelsorge in Institutionen seit Jahren mit der VIOZ zusammen. Sie haben in den vergangenen Jahren gemeinsam mit dem Staat im Rahmen des Vereins Qualitätssicherung Muslimische Seelsorge (QuaMS) die Ausbildung muslimischer Seelsorgerinnen und Seelsorger mit jeweils 75'000 Franken pro Jahr unterstützt, weil sie an der Präsenz einer von Religionsgemeinschaften verantworteten und qualitativ hochstehenden Seelsorge an den Institutionen interessiert sind. Überdies hat die Römisch-katholische Körperschaft den Verband Orthodoxer Kirchen mit einem jährlichen Beitrag in Höhe von rund 130'000 Franken für dessen Sekretariat und Gefängnisseelsorge unterstützt.

Im Rahmen ihres ökumenischen Tätigkeitsprogramms wollen die beiden Kirchen diese Unterstützung in den Jahren 2026–2031 fortsetzen und ausbauen und auf diese Weise dazu beitragen, dass nicht anerkannte Religionsgemeinschaften gut funktionierende, demokratische Strukturen aufbauen und Leistungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung in der erwünschten Qualität erbringen können. Beides kommt, wie erwähnt, der Gesellschaft zugute, und indem die Landeskirche sich in dieser Weise engagiert, nimmt sie als öffentlich-rechtlich anerkannte Institution gesellschaftliche Verantwortung wahr (Art. 4 Abs. 1 der Kirchenordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich vom 17. März 2009 [KO; LS 181.10]) und leistet einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration. Zugleich erweist sie sich als verlässliche Partnerin des Staates (Art. 17 KO), indem sie zusammen mit ihrer katholischen Schwesterkirche eine Aufgabe übernimmt, die dieser vorläufig selbst nicht erfüllen kann. Die Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften dient aber nicht nur der Gesellschaft und dem Staat. Vielmehr hat auch die Landeskirche selbst insofern ein Interesse daran, als der Dialog und die Zusammenarbeit mit anderen Religionsgemeinschaften, zu der sie sich gemäss Art. 12 Abs. 3 KO verpflichtet weiss, umso mehr gelingen dürften, je eher den Kirchen hierbei als Partnerinnen Religionsgemeinschaften gegenüberstehen, die über die hierfür notwendigen Ressourcen und Strukturen verfügen. Schliesslich hat die Landeskirche auch deshalb ein genuines Interesse daran, dass andere Religionsgemeinschaften die für den Aufbau geeigneter Strukturen sowie ihre Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung erforderlichen Mittel erhalten, weil auf diese Weise deutlich gemacht werden kann, dass der vielversprechendere Weg im Umgang mit der wachsenden religiösen Vielfalt für einen demokratisch-liberalen Staat nicht in einer Trennung von Staat und Kirche und einer Zurückdrängung der Religion aus dem öffentlichen Raum besteht, sondern vielmehr darin, Religion und Religionsgemeinschaften zu integrieren und zu fördern, damit sie zu einem friedlichen und toleranten Zusammenleben beitragen können.

In der laufenden Beitragsperiode bewilligte der Kantonsrat für die Tätigkeiten der anerkannten Religionsgemeinschaften von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung einen Rahmenkredit in Höhe von 300 Mio. Franken für die Jahre 2020–2025. Die Beiträge des Staates werden in jährlichen Tranchen an die anspruchsberechtigten Körperschaften ausgerichtet. Die Zuweisung erfolgt in erster Linie nach der Anzahl der Mitglieder (§ 21 Abs. 2 KiG) gemäss der jüngsten Erhebung der Wohnbevölkerung. In zweiter Linie werden die Tätigkeitsprogramme berücksichtigt: Weicht deren Umfang erheblich vom Verhältnis der Mitgliederzahlen ab, fällt dies bei der Berechnung der Anteile ebenfalls ins Gewicht (§ 21 Abs. 3 KiG). Auf dieser Basis erhält die Landeskirche in der laufenden Beitragsperiode jährlich jeweils rund 25,7 Mio. Franken, was einer Gesamtsumme von 154,4 Mio. Franken für die laufende Beitragsperiode entspricht. Unter der Voraussetzung, dass der Kantonsrat im November 2024 erneut einen Kredit im Umfang von 300 Mio. Franken für die Tätigkeiten der anerkannten Religionsgemeinschaften von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung in der Beitragsperiode 2026–2031 bewilligt, darf davon ausgegangen werden, dass die Landeskirche erneut Beiträge in ähnlicher Höhe erhalten wird.

Unter dieser Voraussetzung beantragt der Kirchenrat der Kirchensynode daher für die Jahre 2026–2031 jährlich 1 Mio. Franken, d.h. einen Rahmenkredit von insgesamt 6 Mio. Franken um, im Rahmen des gemeinsamen Tätigkeitsprogramms mit der Römisch-katholischen Körperschaft zugunsten nicht anerkannter Religionsgemeinschaften Mittel für Organisationsbeiträge und Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung zur Verfügung zu stellen. Der Synodalrat wird der Synode der Römisch-katholischen Körperschaft ebenfalls eine Rahmenkredit in dieser Höhe beantragen. Diese wird im April 2024 über den entsprechenden Antrag befinden. Auf reformierter Seite entsprechen die 6 Mio. Franken 3,9% des Betrags, den die Landeskirche vom Staat erhält.

4.2 Einsatz der Mittel

Wie hoch der Finanzbedarf nicht anerkannter Religionsgemeinschaften in den Jahren 2026–2031 tatsächlich sein wird, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau beziffern. Wie bereits erwähnt hat die Landeskirche in den letzten Jahren jeweils 75'000 Franken für QuaMS aufgewendet, während die katholische Körperschaft nicht anerkannten Religionsgemeinschaften rund 205'000 Franken zur Verfügung gestellt hat. Zusätzlich hat der Kanton Zürich im Jahr 2023 rund 487'000 Franken für verschiedene Projekte (Zürich Kompetenz; VIOZ Organisationsentwicklung; Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe muslimischer Gemeinschaften; Sicherheitsprojekt VIOZ; Muslimische Spitalseelsorge) zur Stärkung muslimischer Gemeinschaften aufgewendet, wobei festzustellen ist, dass der Bedarf in den zurückliegenden Jahren angestiegen ist (RRB Nr. 348/2023 vom 12. Dezember 2023).

Auf der Basis der bisher gesammelten Erfahrungen ist davon auszugehen, dass jährlich 2 Mio. Franken ausreichen, um den vorhandenen finanziellen Bedarf nicht anerkannter Religionsgemeinschaften zu decken. Von den Kirchen werden darüber hinaus keine weiteren Unterstützungsleistungen zugunsten dieser Religionsgemeinschaften mehr erbracht werden, wie dies bei QuaMS der Fall ist. Des Weiteren gehen die Kirchen davon aus, dass ein etwaiger Verwaltungsaufwand für diese Mittel ebenfalls aus denselben Mitteln bestritten wird.

Über die Verwendung der Mittel wird regelmässig in den Jahresberichten der beiden Kirchen und gesamthaft im Rahmen des Tätigkeitsberichts für die Periode 2026–2031 Rechenschaft abgelegt werden.

Die Beiträge, die der Staat an die verfassungsrechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften ausrichtet, unterliegen einer positiven Zweckbindung, indem sie für "Tätigkeiten mit Bedeutung für die ganze Gesellschaft, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur" (§ 19 Abs. 2 KiG) bestimmt sind. Aus dem beispielhaften Charakter der Aufzählung geht hervor, dass eine Verwendung der Staatsbeiträge für andere als die genannten Tätigkeitsbereiche nicht ausgeschlossen ist, solange es sich dabei um einen Zweck von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung handelt. Es ist davon auszugehen, dass die Landeskirche diese Bedingung erfüllt, wenn sie es nicht anerkannten Religionsgemeinschaften ermöglicht, ihrerseits in der Seelsorge in Spitälern, Gefängnissen und Asylzentren oder in der Diakonie und Bildung Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung zu erbringen. Dies schliesst auch die Unterstützung des Aufbaus genügender Organisationsstrukturen in solchen Religionsgemeinschaften ein, erhalten auf diese Weise doch sowohl der Staat als auch zivilgesellschaftliche Akteure geeignete Ansprechpartnerinnen. Neben den Teilhabe-Aspekten für Angehörige solcher Religionsgemeinschaften dienen diese Strukturen unmittelbar dem Religionsfrieden, weil so ein Kontakt auch in Krisenzeiten möglich ist. Einer zweckmässigen Organisationsstruktur kommt mithin eine Scharnierfunktion zu zwischen dem Staat und weiteren nichtstaatlichen Akteuren aus der Gesellschaft einerseits sowie den einzelnen Kollektiven innerhalb einer religiösen Vereinigung wie der VIOZ oder dem Verband Orthodoxer Kirchen und den darin befindlichen Individuen andererseits. In Anbetracht dieser Aspekte ist die Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften ihrerseits eine Tätigkeit von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und im Rahmen des Tätigkeitsprogramms der Kirchen legitimiert. Diese Einschätzung wird durch Vorabklärungen, die diesbezüglich zusammen mit der zuständigen Direktion der Justiz und des Innern getroffen wurden, gestützt.

Gemeinsam mit der Römisch-katholischen Körperschaft beabsichtigt die Landeskirche nach der Bewilligung des Rahmenkredits für staatliche Kostenbeiträge an die Tätigkeiten der anerkannten Religionsgemeinschaften von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung durch das Kantonsparlament sowie der Zustimmung von Kirchensynode und römisch-katholischer Synode mit vorliegend zu bewilligenden Mitteln einen Fonds zu äpfnen, zu dessen Finanzierung jede der beiden Kirchen in den Jahren 2026–2031 jährlich 1 Mio. Franken entrichten wird. Es wird damit gerechnet, dass Auszahlungen aus diesem Fonds grossmehrheitlich an die VIOZ und den Verband Orthodoxer Kirchen geleistet werden, auch wenn der Fonds grundsätzlich allen nicht anerkannten Religionsgemeinschaften offenstehen soll. Selbstverständlich werden jene Religionsgemeinschaften, die um Beiträge aus dem Fonds ersuchen, wie schon bei der gemeinsam mit dem Kanton und der Römisch-katholischen Körperschaft ausgerichteten Nothilfe für nicht anerkannte Religionsgemeinschaften während der Corona-Pandemie eine Reihe von Bedingungen erfüllen müssen, die u.a. eine Finanzierung von Sekten oder sektenähnlichen Organisationen ausschliessen (vgl. RRB Nr. 476/2021 vom 5. Mai 2021).

Welche Rechtsform sich zur Verwaltung des Fonds am besten eignet, wird derzeit abgeklärt. Denkbar wäre etwa die Gründung einer einfachen Gesellschaft des öffentlichen Rechts. In einem diesbezüglichen Fonds-Reglement (das faktisch dem Gesellschaftervertrag entspräche) könnten die Einzelheiten der Vergabe geregelt werden. Vertragsparteien dieses Gesellschaftervertrags wären Landeskirche,

Körperschaft und allenfalls auch der Kanton. Es bietet sich an, ähnlich wie beim Reformationsjubiläum, ein unabhängiges Kuratorium einzusetzen, welches die wichtigsten Entscheidungen fällt, namentlich, welche Anträge auf Strukturkostenbeiträge oder für bestimmte Vorhaben unterstützungsfähig sind. Ebenfalls denkbar wäre auch die Errichtung einer "Stiftung auf Zeit" (z.B. bestehend bis 31. Dezember 2031) oder einer "Verbrauchsstiftung" (bestehend, bis das pro rata temporis einzubezahlende Stiftungsvermögen aufgezehrt ist), der im Unterschied zu einer einfachen Gesellschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit zukäme. Schliesslich wäre auch die Gründung eines Vereins nicht ausgeschlossen. Auch hier bedürfte es eines unabhängigen Kuratoriums, um zu vermeiden, dass die Kirchen bzw. der Kanton selbst über die Vergabe der Förderbeiträge an andere Religionsgemeinschaften entscheiden müssten. Im Anschluss an die Bestimmung der Rechtsform werden schliesslich auch die Bedingungen und Modalitäten der Beitragsvergabe, die Rechenschaftslegung über die Verwendung der Beiträge sowie die Verwendung eines allenfalls am Ende der Beitragsperiode verbleibenden Fondsvermögens im Rahmen eines Reglements näher zu regeln sein.

Zürich, 13. Dezember 2023

Im Namen des Kirchenrates

Esther Straub
Kirchenratspräsidentin

Stefan Grotefeld
Kirchenratsschreiber

Debatte

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Willkommen zu Traktandum 5 «Staatliche Kostenbeiträge 2026-2031: Ökumenisches Tätigkeitsprogramm und Rahmenkredit für Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften: Antrag und Bericht des Kirchenrates an die Kirchensynode». Dieses Geschäft ist ein wichtiges Geschäft. Es geht um viel Geld und betrifft diverse Personen innerhalb der reformierten Landeskirche. Aber auch die katholische Kirche wird mit unserer Entscheidung konfrontiert werden respektive ist davon betroffen. Wir behandeln das Geschäft in der gewohnten Weise. Es gibt eine Eintretensdebatte, in der Sie die Möglichkeit haben, sich zur Vorlage als Ganzes zu äussern und Anträge auf Nichteintreten oder Rückweisung zu stellen. Ist Eintreten beschlossen, folgt die Detailberatung und am Schluss stimmen wir mittels Schlussabstimmung über die Anträge ab. Die vorberatende Kommission hat Folgendes beschlossen: Die vorberatende Kommission unterstützt die Anträge mehrheitlich. Für Antrag 3 wird ein Minderheitsantrag gestellt. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? Das ist der Fall. Wir starten mit der Eintretensdebatte.

Peter Widmer (Forch), Präsident der vorberatenden Kommission: In einem der wohl wichtigsten Geschäfte dieses Jahres durfte ich als Greenhorn die vorberatende Kommission an zwei Sitzungen leiten und abschliessen. Diese waren vielfältig zusammengesetzt und bestanden aus folgenden Personen: Beat Schneider, Andreas Wunderlin, Corine Duc, Elisabeth Schenk, Julia Neuenschwander, Siegfried Oswald, Samuel Inauen sowie Peter Reinhard und Tobias Sonderegger, je an einer Sitzung. Aus dem Kirchenrat waren an beiden Sitzungen Esther Straub anwesend und an einer Sitzung Stefan Grotefeld. Sie können mir glauben, es war ein unheimlich grosses Dossier an Unterlagen, welches wir an nur zwei Sitzungen behandelten. Alle Kommissionsmitglieder waren sehr gut vorbereitet und hatten sich nebst den umfangreichen Unterlagen noch weiter kundig gemacht. Ein Dankeschön vorerst an euch alle. Es machte Spass, so zu arbeiten.

Liebe Synodale, die Wichtigkeit dieses Geschäfts ist enorm. Ja, da hat es richtig Fleisch am Knochen. Das spürte man auch an den lebendigen Diskussionen. Mit vollem Engagement, mit Wissen und Feuer vertrat Esther Straub die Anträge. Mit sehr gutem Wissen und Gewissen darf ich Ihnen die einzelnen Vorlagen nun präsentieren.

Antrag 1: «Vom Bericht betreffend Ökumenischer Bericht der Reformierten und der katholischen Kirche im Kanton Zürich zur Verwendung der Kostenbeiträge des Staates in der Beitragsperiode 2020–2025 wird zustimmend Kenntnis genommen». Wir haben einstimmig abgestimmt, d.h. 9 Mitglieder nehmen zustimmend Kenntnis vom Bericht.

Antrag 2: «Vom Bericht des Kirchenrates betreffend Tätigkeitsprogramm 2026–2031 der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich und der Römisch-katholischen Körperschaft im Kanton Zürich wird zustimmend Kenntnis genommen». 7 Mitglieder nehmen zustimmend Kenntnis. 2 Mitglieder lehnen die zustimmende Kenntnis vom Bericht ab.

Antrag 3: «Vorbehältlich der Bewilligung des Rahmenkredits 2026–2031 von 300 Millionen Franken durch den Kantonsrat für staatliche Kostenbeiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften für Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wird zur Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften in den Jahren 2026–2031 ein Rahmenkredit von 6 Millionen Franken bewilligt.» Bei der Abstimmung stimmten 6 Mitglieder mit Ja und 3 Mitglieder mit Nein. Bei Antrag 3 waren die Diskussionen wirklich am längsten. Es wurde ein Minderheitsantrag gestellt. Eine Zweidrittelmehrheit der Kommission sprach sich jedoch klar für den Antrag des Kirchenrats aus. Folgende Personen stellen einen Minderheitsantrag: Julia Neuenschwander, Peter Reinhard und Samuel Inauen. Die Frage der Rechtmässigkeit der Weitergabe der Mittel von je 1 Million Franken jährlich, wurde ausführlich diskutiert. Die Kommissionsmehrheit kam zum Schluss, dass dies unproblematisch ist bzw. es nicht die Aufgabe der Synode ist, diesen Antrag des Kirchenrates (bzw. des Synodalrates auf der katholischen Seite) rechtlich zu prüfen. Von der Vertretung der Minderheit wurde hingegen die Frage festgehalten, ob die Weitergabe der Gelder an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften eine rechtliche Grundlage habe. Das vertrauliche Memo, das von zwei Mitarbeitern der Justizdirektion und der Religionsdelegierten des Kantons Zürich verfasst wurde, wurde in Frage gestellt und nach einem externen juristischen Gutachten gefragt.

Die Finanzkommission regte an, sich mit den politischen Hintergründen des Antrags zu befassen, welches wir auch machten. In der Kommission wurde gefragt, ob die Weiterleitung von rund vier Prozent der Kantonsbeiträge an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften politisch vertretbar ist. In einem als vertraulich angegebenen Memo der Justizdirektion wird auf sechs Seiten begründet, wieso das rechtlich in Ordnung ist und die Lösung von den anerkannten Religionsgemeinschaften richtig ist. Dabei nimmt das Memo auch auf die gesellschaftlichen Entwicklungen, die Mitgliederzahlen usw. Bezug. Der kantonale Beitrag ist gerechtfertigt mit den gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirchen, welche nach wie vor höher als der Beitrag sind. Ein Beitrag an die nicht anerkannten Gemeinschaften ist als eine, in sich bereits definierte gesamtgesellschaftliche Leistung der Kirchen zu sehen.

Die Grundlage: Nach Inkrafttreten des Kirchengesetzes am 1. Januar 2010 folgte von 2010 bis 2013 zunächst eine verkürzte Beitragsperiode. 2014 bis 2019 schloss sich die erste ordentliche, über sechs Jahre laufende Beitragsperiode an, für welche die Kirchen erstmals je separat Tätigkeitsprogramme einreichten. Von 2020 bis 2025 folgte die zweite ordentliche Beitragsperiode, für die die Kirchen im März 2018 ein nunmehr gemeinsames, ökumenisches Programm einreichten. Auf dessen Basis bewilligte der Kantonsrat im November 2018 einen Rahmenkredit von 300 Millionen für sechs Jahre, beziehungsweise von jährlich 50 Millionen Franken als Unterstützungsbeiträge an die öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen für ihre Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung.

Der Beitrag ist nicht nur für religiöse Zwecke bestimmt, sondern für gesamtgesellschaftliche Zwecke in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur, insbesondere in den Bereichen Spitalseelsorge, Gefängnisseelsorge, Ausbildung mit Standards unserer Demokratie und Lebensweise usw. Die Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ) oder der Verband Orthodoxer Kirchen im Kanton Zürich sind unter anderem als Empfänger vorgesehen. Nicht nur diese sind am Beitrag interessiert, sondern auch der Staat, welcher sich dadurch vermehrte Kontrolle bei der Ausbildung von Predigenden und insbesondere Seelsorgenden in Spitälern erhofft, und transparente Strukturen fördern kann. Die Verwendung der Gelder wird kontrolliert.

Wichtig finde ich auch, dass die katholische Körperschaft bisher insbesondere die Orthodoxen Kirchen mit zusätzlichen 130'000 Franken unterstützt hat; nebst den je 75'000 Franken von Reformierten und Katholiken an die VIOZ. Und dass daher in Zukunft mit der je einen Million Franken alles abgegolten ist. Auch, dass diese insgesamt 12 Millionen Franken für die 6-jährige Periode (2025–2031) dann allenfalls auch noch etwas länger reichen oder wieder zurückfliessen. Das ist dann abhängig von der gewählten Lösung mit dem Fonds.

Die Frage nach der Rechtsform eines Fonds stellen wir uns auch. Welche Rechtsform sich zur Verwaltung des Fonds am besten eignet, wurde abgeklärt. Eine einfache Gesellschaft des öffentlichen Rechts wäre möglich oder eine Stiftung auf Zeit oder ein Verein. Die Form ist noch unklar. Die Träger des Fonds wären jedenfalls die Reformierte Landeskirche, die Römisch-katholische Körperschaft und aus unserer Sicht zwingend auch der Kanton. Es bietet sich an, ähnlich wie beim Reformationsjubiläum, ein unabhängiges Kuratorium einzusetzen, welches die wichtigsten Entscheidungen fällt, namentlich, welche Anträge auf Strukturkostenbeiträge oder für bestimmte Vorhaben unterstützungsfähig sind. So lässt sich auch vermeiden, dass die Kantonalkirchen bzw. der Kanton selbst über die Vergabe der Förderbeiträge an andere Religionsgemeinschaften entscheiden müssen.

Ich bitte Sie, den kommenden Minderheitsantrag im Sinne der Demokratie anzuhören und differenziert zu entscheiden. Der Antrag, wie vom Kirchenrat erarbeitet, ist nicht einfach ein Sonntagsschuss, sondern

ein unternehmerischer, in die Zukunft schauender Antrag. Denn den Inhalt, dass die Reformierten wie auch unsere Schwesterkirche je 1 Million in den Fonds einzahlen könnten, um daraus nicht anerkannten Glaubensgemeinschaften für Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung zu unterstützen, sehen wir als gegeben an. Die Höhe 6 Millionen, unser Anteil, dazu ist als nicht erweiterbar zu sehen. Auch die gesetzliche Grundlage dazu wurde geprüft. Somit wäre eine Zustimmung von euch ein klares Bekenntnis für eine sichere Zukunft und einen stabilen inneren Frieden mit vielen Glaubensgemeinschaften in unserem Kanton.

Antrag 4: «Die Bewilligung des Rahmenkredits gemäss Ziffer 3 dieses Beschlusses untersteht gemäss Art. 205 Abs. 1 lit. g der Kirchenordnung dem fakultativen Referendum und wird unter Angabe der Referendumsfrist im kantonalen Amtsblatt veröffentlicht». Abstimmung einstimmig, d.h. 9 Mitglieder stimmten diesem Antrag zu.

Jetzt liebe Synodale, liegt der Ball für die Zukunft bei Ihnen. Ich hoffe euch mit diesen Worten überzeugt zu haben. Ich bitte Sie, bei allen Anträgen dieser Geschäfte mit einem klaren Ja zuzustimmen. Unsere Kirchenrätin Esther Staub muss dies gestärkt mit eurer Stimme gegenüber dem Kantonsrat vertreten. Zeigen wir Einigkeit und Zuversicht, damit unser Anliegen auch beim kantonalen Parlament ein Mehr bekommt. Wir benötigen diese Beiträge. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

Julia Neuenschwander (Untereingstringen), Vertreterin der Minderheit der vorberatenden Kommission: Auch wir von der Minderheit der Kommission stimmen dem vorliegenden Tätigkeitsbericht in weiten Teilen zu. Allerdings sind wir der Meinung, dass der Tätigkeitsbericht in einem Punkt revidiert werden muss, bevor wir ihm zustimmen können. Interreligiöser Dialog ist uns wichtig und wird auf Gemeinde- und Kantonsebene praktiziert, was sehr zu begrüßen ist. Wir sind gegen Antrag 3, weil dafür keine Rechtsgrundlage besteht und darum beantrage ich Nichteintreten. Für Staat und Kirche gilt das Rechtsstaatlichkeitsprinzip. Staatliche kirchliche Leistungen beziehungsweise Kostenbeiträge dürfen nur ausgeschüttet werden, wenn Verfassung oder Gesetz dies vorsehen. Ich verweise auf Art. 38 der Kantonsverfassung und § 5 des Kirchengesetzes. Die Kantonsverfassung in Art. 130–131 und das Kirchengesetz § 19 halten fest, dass Kostenbeiträge für fünf Religionsgemeinschaften, drei christliche und zwei jüdische, ausgeschüttet werden dürfen.

Im November 2003 wurde die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften durch das Stimmvolk abgelehnt. Sollen weitere Religionsgemeinschaften Kostenbeiträge erhalten, muss die Kantonsverfassung im dafür vorgesehenen demokratischen Prozess angepasst werden. Die Synode darf das nicht entscheiden, nur der Souverän. Kostenbeiträge an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften sieht also das geltende Recht nicht vor. Deshalb sind solche Beiträge gemäss dem Rechtsstaatlichkeitsprinzip unzulässig. Es widerspricht der Verfassung und dem Gesetz, wenn der Staat finanziell substantielle Kostenbeiträge an weitere Religionsgemeinschaften ausschüttet. Ein Dazwischenschalten des Kontos der Landeskirche ändert nichts an dieser Tatsache.

Ein solches Umgehungsgeschäft beantragt der Kirchenrat jetzt. Er möchte den Dachverbänden der Muslime und Orthodoxen 12 Millionen aus der Staatskasse weiterleiten. Notabene auch die Kirchenordnung bietet keine rechtliche Grundlage für die Auszahlung der Gelder.

Das regelmässige Überweisen von Millionenbeträgen geht über Art. 12 und Art. 90 der Kirchenordnung hinaus. Es geht hier bei der Weitergabe dieser Gelder nicht um Kontaktpflege im eigentlichen Sinne, es geht weiter als Dialog und es ist auch keine reine Koordination der Öffentlichkeitsarbeit. Der Antrag 3 zur Finanzierung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften hat also weder eine staatliche noch eine rechtliche Grundlage und ist darum unzulässig. Eine regelmässige Auszahlung hoher Geldbeträge darf erst dann erfolgen, wenn die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen ist. Darum bitte ich Sie, den Antrag auf Nichteintreten zu unterstützen. Vielen Dank.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Es ist ein Antrag auf Nichteintreten gestellt worden. Wir sind weiterhin in der Eintretensdebatte. Wir führen diese weiter durch wie geplant. Am Schluss der Eintretensdebatte stimmen wir über diesen Antrag ab, bevor es dann in die Detailberatung geht.

Kirchenratspräsidentin Esther Straub: Ich danke dem Kommissionspräsidenten für sein umfassendes Votum und ich danke auch herzlich der Kommission für die gründliche Arbeit und die guten Diskussionen. Sie nehmen zwei Berichte zur Kenntnis und beschliessen über einen Rahmenkredit. Im Bericht über die Beitragsperiode 2020–2025 lesen Sie von den beiden Studien, die der Kanton zusammen mit uns Kirchen in Auftrag gegeben hat: zum einen die Nachfolgestudie von Professor

Widmer, zum anderen die Gemeinwohlstudie, die am 1. Februar 2024 der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Beide Studien zeigen auf, dass die Religionsgemeinschaften viel für die Gesamtgesellschaft leisten und dass unsere Leistungen trotz Mitgliederschwund nicht eingebrochen sind. Sie zeigen aber auch, dass die Nachfrage insbesondere bei jüngeren Personen gesunken ist, und sie empfehlen Massnahmen. Unsere Tätigkeiten sollen noch mehr Nicht-Mitgliedern zugutekommen und unser Netzwerk bezüglich kultureller Vielfalt soll noch verbessert werden. Wir sollen also mit unseren Beiträgen noch weiter in die Gesamtgesellschaft hineinreichen und uns nicht abkapseln. Ja, dem folgt das Tätigkeitsprogramm 2026–2031. Obwohl wir kleiner werden und die Gesamtgesellschaft gleichzeitig grösser wird, brechen unsere Leistungen für die Gesamtgesellschaft nicht ein. Die Kirchen leisten einen grossen Beitrag an den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sie tun es nicht nur mit den Kostenbeiträgen des Staates, sondern wir tun es eben auch aus eigenen Mitteln und mit sehr viel Freiwilligenarbeit.

Wir leisten enorm viel und wir müssen uns nicht verstecken. Wir sind mit Seelsorge an den unterschiedlichsten Orten präsent, mit Sozialprojekten. Aber auch mit unserem Kerngeschäft von Feiern und Ritualen sind wir eine wichtige Partnerin des Staates. Wer sonst könnte all diese Aufgaben erfüllen? Die Medien berichten gerne über Austrittszahlen. Unser Tätigkeitsprogramm zeigt, wie kostbar die Leistungen der Kirchen sind. Allein die reformierte Seite erbringt pro Jahr Leistungen im Bereich Bildung, Sozialem, Kultur und in anderen Tätigkeiten von 218 Millionen Franken. Nicht mitgerechnet darin sind die Gottesdienste. Das ist sensationell und darauf dürfen wir stolz sein.

In der vergangenen Legislatur haben die Kirchen zusammen mit dem Kanton in Arbeitsgruppen erste Auslegeordnungen gemacht, wie die Religionsgemeinschaften und der Staat zusammen in die Zukunft gehen wollen. Die grossen beiden Kirchen machen heute nicht einmal mehr die Hälfte der Bevölkerung aus. Der Staat fragt sich, ob er seine Kostenbeiträge auf kleiner werdende Gemeinschaften beschränken kann, während er andere Gemeinschaften, die wachsen und ebenfalls gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen, zum Beispiel mit Seelsorge in den Spitälern, leer ausgehen lässt. Der Kirchenrat ist überzeugt, dass das System der staatlichen Kostenbeiträge auch in Zukunft wichtig ist und wertvoll. Es ist kein Auslaufmodell. Staat und Religionsgemeinschaften haben hervorragende Erfahrung damit gemacht.

Ein Effekt dieses Systems: Die Religionsgemeinschaften leisten enorm viel für den Staat und enorm günstig. Und ein zweiter Effekt: Wir sind in Zürich interreligiös unterwegs. Weil die Religionsgemeinschaften in der Öffentlichkeit Aufgaben wahrnehmen, vernetzen Sie sich auch untereinander. Sie kapseln sich eben nicht ab und schauen nur für sich selbst oder ellbögen, sondern Sie schauen füreinander. Wie also miteinander in die Zukunft gehen? Wie soll die Partnerschaft von Staat und Religionsgemeinschaften weitergeführt werden? Im Februar, als wir die Gemeinwohlstudie vorstellten, berichtete die NZZ tags darauf und vermeldete Reaktionen aus dem Kantonsrat. Die Beiträge an die Kirchen seien zu kürzen, weil wir kleiner werden, forderten die einen. Nicht wahrgenommen wurde anscheinend die präsentierte Studie, denn die sagte ja gerade, dass unsere Leistungen hoch sind und nicht einbrechen. Andere von der NZZ befragten Kantonsräte fanden, die Gelder seien nicht zu kürzen. Und sie liessen sich zitieren, eine Neuausrichtung der Politik, die auch andere grössere Religionsgemeinschaften mitberücksichtige, wäre zu prüfen. Die beiden Kirchen nehmen nun in ihrem Tätigkeitsprogramm diese Diskussion auf. Für uns ist es keine Option, die Kostenbeiträge zu kürzen, wenn wir doch nicht weniger leisten. Wie absurd. Doch wir müssen uns der Zukunft stellen und wir tun das mit grosser Überzeugung, dass es richtig ist, auch andere Religionsgemeinschaften zum Beispiel muslimische oder christlich-orthodoxe in den Blick zu nehmen. Religionsgemeinschaften, die grösser werden und die für die Gesamtgesellschaft Verantwortung übernehmen und einiges leisten. Und deshalb haben der Kirchenrat und der Synodalrat entschieden, den Antrag auf einen Rahmenkredit zu stellen, damit nicht anerkannte Gemeinschaften im Umfang von 4 Prozent der staatlichen Kostenbeiträge Teil haben können. Es ist ein Zeichen dafür, dass die Religionsgemeinschaften in diesem Kanton gemeinsam in die Zukunft gehen und einander unterstützen. So, wie wir vor über 60 Jahren auch für die Anerkennung der katholischen Körperschaft eingetreten sind und wie der Staat dann mit der dualen Struktur eine massgeschneiderte Lösung gefunden hat. Wir müssen heute noch keine Lösung präsentieren. Es geht nicht um ein Anerkennungsgesetz. Die Lösung muss der Staat in Zusammenarbeit mit uns erst finden. Heute geht es einzig und allein darum, den Willen zu präsentieren, als Religionsgemeinschaften in diesem Kanton zusammenzuhalten und für eine Übergangslösung Hand zu bieten. Ich kann Ihnen hier offenlegen, es gab auf unser Vorhaben empörte Zuschriften, aber ich kann Ihnen auch sagen, diese Zuschriften lassen sich an einer Hand abzählen. In einem dieser wenigen Mails, die mich erreichten, hiess es, kein Unternehmer würde seinem Konkurrenten Geld abtreten. Geschätzte Synodale, wenn Sie die Religionsgemeinschaften in unserem Kanton als Konkurrenten sehen, dann stimmen Sie nein zum

Rahmenkredit, logisch. Aber das ist nicht unser Kanton. In Zürich sind die Religionsgemeinschaften keine Konkurrentinnen, sondern Sie arbeiten seit zig Jahren partnerschaftlich zusammen. Sie sichern den religiösen Frieden in unserem Kanton. Sie pflegen einen Umgang miteinander, der geprägt ist von Respekt und Freundschaft, nicht von Konkurrenz. Nach der Attacke auf einen jüdischen Menschen vor drei Wochen haben sich auf dem Lindenhof jüdische und muslimische Religionsangehörige getroffen und zusammen eine Menschenkette gebildet. Miteinander sind sie eingestanden für den Zusammenhalt. Ich war auch dort mit meinem Mann, es war sehr eindrücklich. Das ist Zürich. Der interreligiöse runde Tisch feiert dieses Jahr sein 20-jähriges Bestehen. Auch das Forum der Religionen feiert. Wir leisten hier seit langem hervorragende Arbeit im Miteinander. Aber das Miteinander kann nicht nur aus schönen Worten bestehen. Es braucht auch Taten. Muslimische Patientinnen am Spital sollen auch Seelsorge beanspruchen dürfen und ich kann Ihnen garantieren, das Geld fliesst nur in solche Projekte, die bisher auch vom Staat unterstützt wurden, die auch im letzten Tätigkeitsprogramm aufgeführt wurden – Sie haben sie damals vermutlich überlesen – und von denen wir wissen, dass sie der Gesamtgesellschaft zugutekommen. Sie bezweifeln die Rechtmässigkeit des Vorhabens. Das Gutachten des Staatsrechtsprofessors Felix Uhlmann liegt noch nicht vor, das bedaure ich. Aber Regierungsrätin Jacqueline Fehr hat mittlerweile Kenntnis von seiner ersten Einschätzung der Frage, ob der Antrag des Kirchenrats rechtlich korrekt ist und ich kann ihre Aussage zitieren: «Professor Uhlmann kommt in dieser ersten Prüfung zum Schluss, die Religionsgemeinschaften können einen Teil ihrer Beiträge an andere Religionsgemeinschaften weitergeben». Wie Sie darauf kommen, es sei verboten, Leistungen zu erbringen, die der Staat selbst nicht erbringen kann oder darf, das ist mir wirklich schleierhaft. Ich verwahre mich auch gegen den Begriff Umgehungsgeschäft. Das ist ja die Idee dieser Globalbeiträge. Wir ergänzen den Staat und erbringen Leistungen, die er eben nicht erbringen kann. Das ist die Idee. Der Staat kann eben keine religiösen Rituale abhalten und er kann auch keinen Filmpreis der Kirchen ausrichten. Deshalb richtet er die Globalbeiträge aus und die Bedingungen dieser Weitergabe, die werden wir erläutern, die werden wir hieb- und stichfest ausarbeiten und Ihnen so weitergeben. Setzen Sie heute ein Zeichen dafür, dass der Reformierten Kirche die gute Partnerschaft mit dem Staat und mit den anderen Religionsgemeinschaften am Herzen liegt. Setzen Sie ein Zeichen, dass sich unsere Kirche bewegt und in die Zukunft geht und sich den Herausforderungen stellt. Danke für die Aufmerksamkeit.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Wir haben schnell kontrolliert wegen den Einstellungen im Livestream. Diese wurden seit gestern Abend geändert. Kirchenräte erheben sich bitte für ihr Votum. *(Zwischenruf Kirchenratspräsidentin Esther Straub: Ich wäre lieber aufgestanden.)* Ja, das nächste Mal. Du hast sicher noch nicht das letzte Mal gesprochen heute. Ich wusste das nicht. Gestern Abend wurde das nicht mitgeteilt an uns. Es ist okay. Wir fahren fort. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Wir haben Evangelisch-kirchliche Fraktion, Liberale Fraktion und ich glaube Synodalverein. Von der Religiös-soziale Fraktion weiss ich es nicht.

Christian Meier (Grüt (Gossau ZH)), Präsident der Evangelisch-kirchlichen Fraktion: Wie glaubwürdig ist die Reformierte Kirche? Die Kirchen erhalten die kantonalen Beiträge nämlich unter den Bedingungen, dass sie das Geld für «Tätigkeiten mit Bedeutung für die ganze Gesellschaft, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur», aufwenden. So steht es im Kirchengesetz. Es liegt auf der Hand, dass eine Weitergabe nicht dem Sinn und Geist dieses Gesetzes entspricht. Was die Kirchenratspräsidentin Esther Straub in einem NZZ-Artikel der letzten Woche als «ein Zeichen für den interreligiösen Zusammenhalt» beschrieb, um damit hervorzuheben, dass nicht anerkannte Religionsgemeinschaften einen Beitrag in der Gesellschaft leisten, entbehrt jeglicher Rechtsgrundlage der Kantonsverfassung, auch jetzt in ihrem Votum wurde das nicht deutlich. Dieses Umgehungsgeschäft der Justizdirektion des Kantons Zürich ist keine Übergangslösung, sondern eine Finanzspritze durch die Hintertür, eine Zweckentfremdung von öffentlichen Geldern. Mit der heutigen Abstimmung verhindern wir keinen demokratischen Aufbau nicht anerkannter Gemeinschaften und es geht auch nicht um eine Abkapselung in irgendeiner Weise, weil Religion vor Ort gelebt wird. Und es ist nicht ein Votum gegen die Demokratisierung dieser nicht anerkannten Religionsgemeinschaften. Der Kirchenrat lenkt mit seiner Argumentation von fehlenden rechtsstaatlichen Grundlagen ab.

Neben der Rechtsgrundlage fehlen Angaben über Empfänger, Kriterien der Vergabe und auch die Zusammensetzung eines Gremiums, das über die Anträge entscheiden wird. Es ist grundsätzlich eigentlich alles offen und unklar. Würden wir diesem Umgehungsgeschäft als Reformierte Kirche Hand bieten, zeigen wir uns nicht als zuverlässige Partnerin des Kantons, sondern machen uns zum Spielball der Politik. Eine zuverlässige Partnerin ist gradlinig und hält sich an gesetzliche Grundlagen. Der Art. 130 der Kantonsverfassung dient dazu, dass Religionsgemeinschaften auf ihre rechtsstaatliche

Körperschaft, ihre demokratische Struktur und ihre Leistung überprüft werden. Der Kanton hat die Oberaufsicht dazu. Laut diesem Artikel sind heute fünf Religionsgemeinschaften, drei christliche und zwei jüdische, anerkannt. Diese Verordnung kann geändert werden. Es braucht dafür aber eine kantonale Abstimmung. Die Verantwortung dafür obliegt nicht der reformierten und auch nicht der katholischen Kirche, sondern dem Kanton selbst. Weil das Stimmvolk im Jahr 2003 ein leichteres Anerkennungsverfahren abgelehnt hat, versucht der Kanton mithilfe der reformierten Kirche seine Ziele ohne Volksentscheid zu erreichen. Es mag sein, dass dieses Umgehungsgeschäft auf den ersten Blick der reformierten Kirche im Kanton Zürich finanzielle Sicherheiten verschafft. De facto treibt uns aber die Angst vor finanziellem Verlust zu unrechtmässigem Verhalten. Dazu kommt, dass der Schaden für uns immens sein wird. Wahrscheinlich hat die Kirchenrätin nicht die unzähligen Leserbriefe gelesen, die in der Zeitung publiziert wurden, und nur diejenigen, die sie direkt erhalten hat. Ein solches unlauteres Vorgehen wird von einem grossen Teil der reformierten Mitglieder nicht goutiert. Nehmen wir dieses Geschäft an, werden wir eine weitere Austrittswelle verzeichnen. Als Evangelisch-kirchliche Fraktion unterstützen wir den Antrag des Kirchenrates nicht, weil die rechtsstaatliche Grundlage fehlt und weil weder Empfänger noch Kriterien für Vergabungen klar sind. Auch ist unklar, wer solche Anträge prüfen und genehmigen soll. Die Evangelisch-kirchliche Fraktion unterstützt den Minderheitsantrag und empfiehlt Nichteintreten auf das Ökumenische Tätigkeitsprogramm. Wir sind bereit, das Referendum zu führen und die Diskussion auch öffentlich zu machen, sollte dieses Umgehungsgeschäft angenommen werden. Heute stellt sich die Frage, wie ernst wir die Kantonsverfassung nehmen. Oder wollen Sie das Risiko eingehen, dass wir unsere eigenen Mitglieder vor den Kopf stossen und es zu einer weiteren Austrittswelle kommt?

Ruth Derrer Balladore (Zürich), Präsidentin der Liberalen Fraktion: Die Liberale Fraktion hat, wie vermutlich die anderen Fraktionen auch, sehr lange und ausführlich über diesen Antrag «Ökumenisches Tätigkeitsprogramm» und «Rahmenkredit für Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften» diskutiert. Wir begrüssen die interreligiöse Zusammenarbeit, wie sie in den vergangenen Jahren aufgebaut wurde, sehr. Dieser Weg sollte weitergegangen werden. In den 60er Jahren hat die reformierte Kirche mit ermöglicht, dass die katholische Kirche des Kantons Zürich als anerkannte Religionsgemeinschaft registriert werden konnte. Das hat sich bewährt und es ist noch nicht so lange her, wenn wir zurückdenken. Es spricht grundsätzlich nichts dagegen, dass diese Anerkennung auch anderen Religionsgemeinschaften zuteilwird. Heute geht es aber darum, andere Gemeinschaften darin zu unterstützen, dass sie eine angemessene Struktur und Verfassung aufbauen können, z.B. demokratische Strukturen entwickeln können. Das finden wir grundsätzlich unterstützenswert. Was beim Antrag auffällt: die Zusammenarbeit der beiden anerkannten Kirchen scheint sich auf die orthodoxen Kirchen und die Vereinigung der islamischen Organisationen (VIOZ) zu beschränken. Hier läuft auch bereits eine gute Zusammenarbeit, z.B., wie schon erwähnt wurde, im Bereich der muslimischen Seelsorge. Nicht berührt wird die Frage, ob in der sich wandelnden Gesellschaft auch weitere Religionsgemeinschaften in der Zukunft wichtiger werden könnten.

In unserer Diskussion kamen auch viele sehr kritische Überlegungen. Diese sollen nicht einfach in der Fraktionserklärung untergehen. Wir werden deshalb in der hoffentlich nachfolgenden Beratung einzelne Voten aus der Liberalen Fraktion hören. Diese sollen unsere Überlegungen transparent machen. Natürlich haben wir uns auch die Frage nach der Aussenwirkung gestellt. Wenn wir uns heute dazu bereit erklären, einen Teil der Beiträge weiterzugeben, wird verstanden werden, dass wir nicht zu viel Geld haben, sondern dass wir meinen, die Frage der anerkannten Religionsgemeinschaften sei zu lange nicht mehr aktiv verfolgt worden. Handelt es sich nicht um eine Umgehung der gesetzlichen Vorgaben, wenn wir erhaltene öffentliche Mittel an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften weiterleiten, an welche der Kanton mangels gesetzlicher Grundlage keine Beiträge ausrichten darf?

Viel zu diskutieren gab auch, dass die Frage der Vergabekriterien nicht klar ist. Wird eine Stiftung gegründet oder eine andere Form gewählt? Wie werden mögliche nicht anerkannte Religionsgemeinschaften definiert? Die katholische wie die reformierte Kirche erhalten die Unterstützung für Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Was ist also der Kriterienkatalog für die Beurteilung der Gesuche? Wir gehen davon aus, dass selbstverständlich auch bei den Institutionen, welche Unterstützung erhalten sollten, mindestens die gleichen Kriterien gelten für die Verwendung wie bei den anerkannten Religionsgemeinschaften. Das heisst, die Unterstützungsgelder können nicht für Kultuszwecke verwendet werden. Im Vordergrund steht für uns der Aufbau demokratischer Strukturen. Unklar ist, wer über die Vergabe entscheidet. Grundsätzlich hätten wir wohl gesagt, das Geschäft sei noch nicht reif zur Abstimmung, zu viele Details sind nicht klar. Aber wir müssen heute einen Grundsatz oder einen Entscheid treffen.

Auch nach langem Ringen um die richtige Vorgehensweise waren wir gespalten: Eintreten oder nicht? Zu unseren Überlegungen: Die Synode muss den Bericht zur Verwendung der Kostenbeiträge, also Antrag 1, irgendwann zur Kenntnis nehmen, ebenso das Tätigkeitsprogramm 2026–2031 (Antrag 2). Diese beiden Punkte sind auch grossmehrheitlich unbestritten.

Für den Antrag 3, den Rahmenkredit an die anerkannten Religionsgemeinschaften für Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, werden wir dann zu gegebener Zeit, wenn wir in der Diskussion so weit sind, Rückweisung beantragen. Zur Grundsatzfrage, Eintreten oder nicht auf das ganze Geschäft, ist die Liberale Fraktion gespalten. Nicht so erstaunlich in der Liberalen Fraktion, dass wir verschiedene Meinungen haben und diese zulassen und jedes Fraktionsmitglied ist frei bei seiner Stimmabgabe. Danke schön.

Heinrich Braendli (Kloten), Synodalverein: Die Mitglieder des Synodalvereins haben an ihrer Fraktionssitzung mehrheitlich die Unterstützung dieses Geschäftes beschlossen. Der Antrag 1 und 2 sind grossmehrheitlich völlig unbestritten. Der Antrag 3 gab einiges an Gesprächsstoff. Ich möchte hier aber auch deutlich festhalten, dass die Kommission sehr gute Arbeit geleistet hat und klare Statements zu allen Anträgen gefasst hat. Herzlichen Dank dafür und Entschuldigung Peter, dass wir dich ins kalte Wasser geschmissen haben. Grundsätzlich folgt daher die Fraktion dem Antrag der Kommission. Allerdings ist in der Zwischenzeit auf politischer Ebene einiges passiert. Die einen oder anderen haben es vielleicht gelesen. So sind im Kantonsrat Anfragen eingegangen, welche die Weitergabe von Geldern durch die Kirchen hinterfragen. Ich zitiere aus der einen Anfrage: «Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, dass kantonale Kostenbeiträge von der reformierten und der römisch-katholischen Kirche an staatlich nicht anerkannte Religionsgemeinschaften weitergegeben werden, obwohl dies die rechtliche Grundlage des Kirchengesetzes so nicht erlauben? Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Kirchensteuern an die beiden Landeskirchen gemäss den gesetzlichen Vorgaben verwendet werden?» An der Fraktionssitzung gab es zum Antrag 3, der finanziellen Unterstützung, ein grosses Aber und ein gewisses Unwohlsein zu diesem Antrag war nicht zu verleugnen. Natürlich sind wir für den interreligiösen Dialog und natürlich sind wir damit auch für die enge Zusammenarbeit und die Unterstützung von Religionsgemeinschaften, auch finanziell. Das ist bzw. war in der Diskussion kein Thema. Schlussendlich haben wir aber gesetzliche Grundlagen, welche eingehalten werden müssen. Wie von Peter Widmer im Eingangsreferat erwähnt, ist es nicht an uns Synodalen, die rechtlichen Grundlagen für solche Transaktionen zu prüfen, aber schlussendlich sind wir auch in der Pflicht, alle Punkte eines solchen Antrags in Erwägung zu ziehen. Und eigentlich wäre es ja tatsächlich an der Regierung des Kantons Zürich, die hier nun vorliegende finanzielle Unterstützung der Religionsgemeinschaften auch gesetzlich zu definieren und korrekt zu verankern. Auch ist aus dem Antrag 3 nicht klar ersichtlich, wer und wie die Verteilung der Gelder organisiert werden soll. Wir sind hier daher der Meinung, dass die Politik noch einige Grundlagenarbeit gemeinsam mit den Vertretern der Landeskirche zu erledigen hat, und zwar völlig ungeachtet dessen, wie wir heute hier abstimmen werden. Wir sind für Eintreten in dieses Geschäft und bitten dem auch zu folgen. Danke.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Seitens Religiös-soziale Fraktion gibt es keine Fraktionserklärung. Daher ist jetzt die Eintretensdebatte eröffnet. Redezeit für Synodale beträgt fünf Minuten.

Giorgio Girardet (Wolfhausen), Religiös-soziale Fraktion: «Der liberale säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht herstellen kann.» Diesen berühmten Satz eines liberalen Staatsrechtlers freut es mich heute in der Bullingerkirche in Zürich zu zitieren, weil wir müssen wissen, dass der liberale säkulare Staat ein junges Pflänzchen ist. Unser christlicher Glaube feiert dieses Jahr zum 1951. Mal die Auferstehung Christi. Seit 1699 Jahren teilen wir mit den Katholiken das Nizänum. Der säkulare Rechtsstaat und der Kantonsrat, der sich über uns beugt und uns beaufsichtigt, ist eine sehr junge Erscheinung. Er zählt gerade 196 Jahre. Diese Synode feiert bald ihr 500-jähriges Bestehen. Wir haben die Franzosen überlebt. Wir haben zwei Weltkriege überlebt. Ob der säkulare Rechtsstaat im Kanton Zürich im Jahr 2031 noch bestehen wird, das kann Thomas Süssli, Chef der Armee, nicht garantieren.

Das möchte ich dieser ganzen Debatte mal vorausschicken und es freut mich, dass auch Vertreter der Presse da sind, nicht nur unserer Presse. Ich grüsse auch die zugeschalteten Kollegen von kath.ch. Das sind die Rahmenbedingungen und davon gilt es zu sprechen. Die Kirche hat gegenüber dem Staat ein Wächteramt und auf der Tribüne sitzen katholische Synodale, vor 150 Jahren undenkbar. Aber jetzt

spricht sogar der Papst Franziskus von einem synodalen Prozess. Das heisst, was Bullinger hier in Zürich gestartet hat, und mit der englischen Kriegs- und Handelsmarine und mit der holländischen Handelsflotte über alle Weltmeere verteilt wurde, das trägt heute die liberale Welt. Das muss man diesen Pharisäern da, die von Umgehungsgeschäften ..., diesen Krämer-Seelen und Buchhaltern im Kantonsrat wieder in Erinnerung rufen.

Es geht bei diesem schwierigen Geschäft – das Geschäft ist so schwierig, dass Michel Müller meinte, er müsste noch zwei Jahre länger im Amt bleiben, um das über die Runden zu bringen – nicht nur um Gesinnungen. Ich meine, die christliche Gesinnung ist sehr gefährlich, das lernen wir am heiligen Stefan. Der ist nämlich Erzmärtyrer, Erzdiakon und erster Heiliger. Was wollte der heilige Stefan? Er ging diakonisch in eine Lücke hinein, wo der Staat noch nicht tätig war, der Rechtsstaat, der damals römische. Er verteilte den armen Witwen und Waisen Nahrungsmittel. Er wurde gesteinigt und er hat uns das erste christliche Bekenntnis in der Bibel überliefert und was uns droht von den Krämer-Seelen in der Presse, von den Liberalen, die die Kirche schon immer gehasst haben, darum haben sie eine Kirche mit Austrittsrecht erfunden. Das kennt das Christentum nicht, das Austrittsrecht. Die katholischen Synodalen wissen das, weil viele ihrer Mitglieder, der Herr Martullo ist bei Ihnen ausgetreten. Er zahlt ihnen keine Steuern mehr, aber er hat einen Bischof, wie schön. Er kann sein Obolus direkt dem Bistum schicken. Die SVP hat es ähnlich. Sie kann als Wutbürger aus der Kirche austreten und sagt: diesem linken Verein kein Geld. Aber dem Herrn Blocher von Herrliberg, unserem Bischof, dem zahlen wir gerne das Geld. Also das ist das Feld, in dem wir uns bewegen. Es ist voller Minen und ich habe geschlossen.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Ich bin strikt. Ich bin nicht jedes Mal gleich streng, aber ich habe das Gefühl, wir haben heute eine längere Debatte vor uns und wenn jeder eine, zwei, drei, vier, fünf Minuten überzieht, wird es Unmut geben, habe ich das Gefühl.

Martin Breitenstein (Truttikon), Liberale Fraktion: Nach dem historischen, meistens richtigen Exkurs des Kollegen Girardet muss ich doch sagen, heute hier drin sind wir zuerst einmal auch eine Staatskirche, weil wir wollen und bekommen Geld vom Staat und wir sind eingefasst in die Zürcher Verfassung, die steht über der Kirche – Kopfschütteln hin oder her – und wir sind eingefasst ins Kirchengesetz. Und diese Verfassung, das wurde schon jetzt gesagt, die anerkennt die Evangelisch-reformierte Landeskirche, die anerkennt die Römisch-katholische Körperschaft und die sagt, unter welchen Umständen, das Gesetz regeln kann, dass diese Kirchen Steuern bekommen, Steuergelder bekommen. Und dann etwas ganz Wichtiges, in Absatz 5 steht dann, der Kanton hat die Oberaufsicht über die kirchlichen Körperschaften. Im nächsten Artikel heisst es dann: von den weiteren Religionsgemeinschaften sind die israelitische Kultusgemeinde und die jüdische liberale Gemeinde vom Kanton anerkannt. Und dann kommt der Satz: Diese ordnen die Mitwirkung ihrer Mitglieder nach rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen. Und dann sagt auch die weitere Bestimmung: das Gesetz regelt die Aufsicht. Und wenn wir hier nun qua eigener Herrlichkeit Geld abgeben wollen an diese nicht anerkannten Gemeinschaften, die hier nicht aufgeführt sind, ist das ein wesentlicher Unterschied zum Verfassungsauftrag. Da kontrolliert niemand, da wissen wir nicht, was die machen können mit dem Geld und wenn Sie etwas machen, kommt die reformierte Kirche automatisch in diese Verantwortlichkeit und diese Verantwortlichkeit wollen wir so nicht übernehmen. Deswegen unterstütze ich den Antrag auf Nichteintreten.

Noch eine Bemerkung zu den angeblich vorhandenen Gutachten und vertraulichen Notizen: Als Anwalt und ehemaliger Bürokollege im Institut von Kollege Uhlmann in Basel an der Uni, kann ich Ihnen sagen, ich hatte noch nie einen Gutachter gesehen, der sein Gutachten abgegeben hat, wenn er nicht zum gleichen Schluss gekommen ist, wie der Auftraggeber. Und dann zweitens: eine vertrauliche Notiz – das sage ich Ihnen als Anwalt – wenn sich jemand auf eine vertrauliche Notiz beruft des Justizdepartements, dann müssen ja auch alle Alarmglocken schellen. In diesem heiklen Geschäft müssen wir völlige Transparenz haben. Wir müssen das zuerst ausdiskutieren und ich bin der festen Meinung, dass das Volk, als es zur Verfassung ja gesagt hat, nicht antizipiert hat, das plötzlich nicht anerkannte Religionsgemeinschaften auch Staatsgeld bekommen können, ohne dass das Volk in der Verfassung da zugestimmt hat. Danke.

Manuel Joachim Amstutz (Zürich), Religiös-soziale Fraktion: Zu Beginn möchte ich Sie gleich einmal präventiv enttäuschen. Ich werde nicht mit so viel Heiterkeit, aber auch nicht mit so viel Pathos wie die Vorredner aufwarten können. Wir sind in der Eintretensdebatte, in der man sich zur Vorlage als Ganzes bzw. zum Eintreten zur Vorlage äussern soll. Es gibt Themen, es gibt offensichtlich Themen, die

besprechungswürdig sind. Sie haben Eingang in die Diskussion gefunden, in die öffentlich-mediale, aber auch schon hier, bis Hierher. Warum dann Nichteintreten, um das zu diskutieren. Warum soll ausgerechnet das Parlament der Ort sein, an dem nicht diskutiert wird oder andersherum gedreht: Was ist denn der Gewinn beim Nichteintreten? Der Gewinn ist gleich null, bringt aber einige Risiken mit sich. Ich bitte Sie, dann doch die 300 Millionen vor lauter 12 Millionen nicht ganz aus dem Auge zu verlieren. Es wäre nicht das erste Mal, dass diese Synode das Wasser mit dem Kind ausschüttet. Machen wir das nicht. Wir sind Politikerinnen und Politiker, wir sind dafür da, Lösungen zu finden. Wenn wir keine Lösungen suchen, dann kosten wir einfach. Geben wir uns heute die Chance, eine Lösung zu finden oder uns einer Lösung anzunähern. Ich bitte Sie, auf die Vorlage im Sinne der vorberatenden Kommission – danke vielmal – und auch der Finanzkommission einzutreten. Verhalten Sie sich also jetzt zur Vorlage als ganzer und sodann in der Detailberatung zu den Ihnen wichtigen Details. Vielen herzlichen Dank.

Corinne Duc (Zürich), Liberale Fraktion: Mir scheint es dringend nötig, dass wir zuerst ein paar Missverständnisse aus dem Weg räumen. Erstens scheint dem Minderheitsantrag der Irrtum vorzuliegen, dass was nicht ausdrücklich im Gesetz erlaubt ist, verboten sei. Ja, wo kämen wir denn da hin? Wir dürften nicht einmal atmen. Zweitens: Es geht wirklich nicht um die Anerkennung der staatlich nicht anerkannten Religionsgemeinschaften. Die Anerkennung impliziert, dass diese Gemeinschaften, von den jüdischen sind das jetzt auch noch zwei der diversen jüdischen Gemeinden, für ihre Zwecke Steuergelder einziehen können. Um das geht es uns wirklich nicht und ich denke, wir haben genügend gehört. Es werden auch nicht muslimischen Gemeinschaften unbesehen einfach Gelder nachgeworfen, sondern es wird, wie unsere Kirchenratspräsidentin gesagt hat, bei jedem Franken geschaut, was geschieht damit. Drittens: Zur Diskussion steht auch nicht eine Unterstützung der muslimischen Gemeinschaft insgesamt, sondern VIOZ ist ein Verein aus muslimischen Gemeinden, die ausdrücklich sich eben selbst auch zu demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen bekennen. Wie Sie nachlesen konnten im neuesten «reformiert»: Mit der nun präsentierten Lösung wollen die Kirchen zeigen, dass sie verlässliche Partnerinnen des Kantons sind. Ich glaube, bessere Werbung kann man jetzt wirklich nicht machen. Wir sollten uns nicht einschüchtern lassen durch die paar Politiker, die es in jeder Partei gibt, die jetzt gerne die Landeskirchen gleich abschaffen und eine absolute Trennung von Kirche und Staat durchsetzen möchten. Ich danke für Ihr Eintreten auf die Geschäfte, wie Sie vorliegen. Vielen Dank.

Paula Walter (Schöffliisdorf), Evangelisch-kirchliche Fraktion: Am letzten Donnerstag habe ich auch die neue Ausgabe der Zeitschrift «reformiert» erhalten. Auf Seite 2 steht ein fast ganzseitiger Artikel unter dem Titel «Kirchen springen für den Kanton ein.» Ich war erstaunt, befremdet, nein schockiert. Wie kommt es, dass ein solcher Artikel im «Reformiert» erscheint, der impliziert, dass ein Thema schon entschieden ist, noch bevor die Auseinandersetzung und Abstimmung in der dafür zuständigen Synodenversammlung erfolgt ist?

Ivan Walther-Tschudi (Urdorf), Liberale Fraktion: Einer meiner Vorgänger in Urdorf war Pfarrer Werner Utzinger. Er war ein Pfarrer vom Typ Ernst Sieber, hat über 30 Jahre lang geamtet und hat sich für Randständige eingesetzt, hat vielen Menschen im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Auftrags auch geholfen. Ich habe ihn besucht, inzwischen ist er aber verstorben, und wir haben über die Kirche gesprochen und er hat mir etwas gesagt, was mich sehr erstaunt hat. Er hat mir gesagt, es sei ein Fehler gewesen, dass man die Katholiken als öffentlich-rechtliche Körperschaft anerkannt habe und auf die gleiche Stufe der reformierten Kirche gestellt habe. Das hat mich erstaunt, ja fast schockiert, aber die Frage ist schon legitim. Was wollen wir alles machen, um uns selbst zu schwächen und um unsere Landeskirche, um unser Selbstverständnis zu schwächen und in den Schatten zu stellen? Was wollen wir alles der Öffentlichkeit geben, dass sie dann sagen: Seht, das ist nicht mehr unsere Kirche, müssen wir da Fahnen auf den Kirchtürmen aufhängen und uns anschliessen an manche politischen Parteien? Ich glaube, es ist falsch, dass wir Aufgaben übernehmen als Kirche, die der Staat hat und ihm zustehen. Es ist falsch, dass wir da Gelder weitergeben, irgendwelchen willkürlich ausgewählten – aus meiner Sicht – anderen nicht anerkannten religiösen Gemeinschaften. Das soll der Staat machen. Das Geschäft ist hoch brisant und wird hohe Wellen schlagen nicht nur im Herbst, sondern auch später, wenn es darum geht, sich die Frage zu stellen: Ja, welche Gemeinschaften sollen dann anerkannt werden in unserem Land? Es ist meines Erachtens falsch, dass wir vorausseilend Versprechungen machen, Gelder weiter zu verteilen, dass wir Beträge nennen, die wir verteilen möchten und dass wir auch irgendwelche Gemeinschaften strukturell stärken, dass sie stärker werden in unserem Kanton. Wo ist unser Interesse? Sollten wir nicht auch eher an die Politik appellieren, dass sie zu uns besonders schauen soll, dass wir

als reformierte Kirche auf die Politik dieses Kantons angewiesen sind. Wir haben keine Saudis, kein Russland, kein Rom, die für uns eintreten und ein Interesse hätten, dass wir da stark bleiben in diesem Lande und das wird die Stimme von Zwingli und von dieser urdemokratischen Einstellung weitergeben und weitervermitteln. Also ich bin auch ganz klar für Nichteintreten und zumindest zum Ablehnen dieses Antrags 3 dann im Nachhinein. Ich wünsche mir wirklich, dass wir auch eher für unsere Interessen einmal eintreten und dass wir uns fragen, was hat unser Selbstverständnis in diesem Kanton, nicht als Kirche, sondern als politische Einstellung mit der Reformation, mit unserer Geschichte, mit dieser Theologie zu tun. Vielen Dank.

Jürg Fässler (Steinmaur), Evangelisch-kirchliche Fraktion: In der letzten Woche und den letzten Tagen habe ich verschiedene Mitteilungen bekommen von besorgten Mitgliedern der reformierten Landeskirche. Sie haben mich zu den Medienmitteilungen angefragt. Ich muss sagen, ich war auch erstaunt, weil aus den Zeitungen und aus den Mitteilungen kam es mir so vor, als wenn das Geschäft bereits entschieden wäre und die Gelder gesprochen wurden. Und ich glaube nicht, dass es Aufgabe der Kirche ist, diese Gelder zu verteilen. Vielmehr denke ich, dass der Kanton eine Rechtsgrundlage schaffen soll, damit diese Geschäfte und die Gelder verteilt werden können.

Liebe Esther Straub, vielen Dank für dein engagiertes Auftreten zu diesen Geschäften. Du hast gesagt die Sichtbarkeit von uns als Kirche, die würde abnehmen, vor allem bei den Jungen. Das stimmt mich sehr traurig. Ich kann Ihnen aber sagen: Ich denke, wir sollten als Kirche unseren Fokus auf das legen, was unsere Aufgabe ist. Unsere Aufgabe ist es nicht, als Sozial-Institution sichtbar zu sein, sondern als Kirche. Gerade in dieser Zeit möchte ich als Christ und als Mitglied der reformierten Landeskirche Hoffnung verbreiten, eben auch im Anbetracht von Ostern. Und diese Hoffnung, das ist es, was die Welt braucht. Ich bin sehr dankbar für die Arbeit, die interreligiöse Gemeinschaften leisten. Aber es ist nicht unsere Aufgabe als Kirche. Ich möchte eine Kirche sein, die keine Angst hat, den Namen Jesus Christus auszusprechen und dabei irgendjemanden zu verletzen. Im Gegenteil, viele Dinge, die sind in der Nachfolge von Christus und der Liebe zu meinen Mitmenschen selbstverständlich. So empfinde ich das und so möchte ich als Kirche auch wahrgenommen werden. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Michael Baumann (Wiesendangen), Evangelisch-kirchliche Fraktion: Dieses Geschäft ist zurückzuweisen, es ist unausgegoren, es ist gefährlich und es wird uns um die Ohren fliegen. Ich habe von der vorbereitenden Kommission Voten gehört, wie: Studien, die nicht vorliegen. Fonds, die dann geschaffen werden sollen. Kriterien, die man noch nicht kennt. Vertrauliche E-Mails der Justizdirektion, die aber nicht zitiert werden dürfen. So geht es nicht.

Vielleicht ist es der richtige Weg? Wir wissen es nicht. Aber so können wir darüber nicht beraten. Deshalb Zurückweisen und neu Ausarbeiten. Danke schön.

Benedict von Allmen (Bonstetten), Religiös-soziale Fraktion: Ich möchte vielleicht noch einmal daran erinnern, wir sind immer noch in der Eintretensdebatte. Es geht darum, wollen wir dieses Geschäft behandeln oder schliessen wir das Ganze heute und jetzt ab. Wenn ich die Voten jetzt betrachte, das einzige war: Wollen wir nicht anerkannte Religionsgemeinschaften fördern, ja oder nein? Das ist für mich ganz klar Punkt 3 des Antrages. Deswegen: Ich stelle hiermit den Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion. Ich möchte, dass wir über das Eintreten abstimmen und danach können wir, falls wir darauf eintreten, und ich bitte sehr darum, dass wir darauf eintreten, in der Detailberatung unsere gesamten Kritikpunkte, die wir an diesem Antrag haben und ich gebe zu, es gibt welche, können wir dann vorbringen, aber nicht jetzt hier in der Eintretensdebatte. Vielen Dank.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Es sind vier Leute auf der Rednerliste und ich habe mir das Gleiche überlegt vorher, dass wir die Rednerliste schliessen. Ich hätte es nach deinem Antrag beantragt, die Rednerliste zu schliessen und wollte fragen, ob das für dich okay ist, dass du deinen Ordnungsantrag zurückziehst und ich die Frage stelle, dass wir die Rednerliste für die Eintretensdebatte schliessen.

Benedict von Allmen (Bonstetten), Religiös-soziale Fraktion: Ich halte daran fest.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Gut. Dann sind wir jetzt beim Ordnungsantrag. Man darf maximal drei Minuten sprechen. Wer möchte etwas zum Ordnungsantrag sagen? Und sonst stimmen wir ab. Keine Wortmeldungen zum Ordnungsantrag. Gut. Wir stimmen ab. Wenn Sie dem Ordnungsantrag von

Benedict von Allmen folgen wollen, stimmen Sie Ja, dann ist die Eintretensdebatte jetzt beendet und sonst Nein.

60 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Damit ist die Rednerliste für die Eintretensdebatte geschlossen.

Es ist ein Antrag auf Nichteintreten gestellt worden. Über diesen stimmen wir jetzt ab: Wenn Sie dem Antrag auf Nichteintreten folgen wollen, stimmen Sie Ja. Wenn Sie in die Detailberatung gehen wollen, stimmen Sie Nein und sonst die Enthalten-Taste. Bitte stimmen Sie jetzt.

Sie haben 48 Ja-Stimmen bei 54 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen gedrückt. Das heisst, 48 Personen sagen Nichteintreten, 54 Personen sagen Eintreten und 2 enthalten sich.

Moment schnell, ich muss noch einmal etwas rückfragen. Was mich irritiert, ist die Anzahl anwesender Personen, nicht das Resultat, einfach zu ihrer Information. Jedes Mal, wenn wir abstimmen, haben wir recht grosse Diskrepanzen, wie viele Leute jetzt im Saal sind und wie viele nicht und das hat mich jetzt irritiert, aber wir nehmen es wie es ist. Es sind jetzt einfach so viele Stimmen, die abgegeben worden sind, da.

Es gibt noch eine Wortmeldung von Hannes Aepli. Ich würde jetzt mit der Eintretensdebatte fortfahren. Hat es noch mit dem Ordnungsantrag oder mit der Abstimmung zu tun? (*Zwischenrufe unverständlich*) Ja, ich weiss. Aber, wenn jemand drückt für eine Wortmeldung, wenn es Sie wären, hätten Sie vielleicht auch Freude, wenn ich nachfrage und nicht einfach fortfahre. Es gibt Personen, die sagen etwas zu einer Sache, das wichtig ist. Ich muss nachfragen. Ich denke, das ist meine Pflicht, sonst kommt wieder jemand anderes und sagt dann: Hey, ich habe aber gedrückt. Also bitte. Eintreten ist beschlossen, das ist diskussionslos, habe ich vorher schon gesagt, ich wiederhole es.

Wir kommen zur Detailberatung. Wir folgen den Kapiteln des Antrags und Berichts des Kirchenrates. Wir haben vier respektive sechs Kapitel: 1. Ausgangslage, 2. Tätigkeitsbericht, 3. Tätigkeitsprogramm, 4. Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften, ist unterteilt in: 4.1 Rahmenkredit und 4.2 Einsatz der Mittel. Das ist das Vorgehen. Wenn Sie zu einem Kapitel etwas sagen wollen, dann drücken Sie bitte. Jetzt sind wir in der Detailberatung. Kapitel 1: Ausgangslage. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Kapitel 2: Tätigkeitsbericht 2020-2025.

Jacqueline Sonego Mettner (Zürich), Synodalverein: Ich habe zu denen gehört – aber ich hatte sogar den falschen Knopf gedrückt – die noch vorher etwas sagen wollten und ich erlaube mir jetzt, noch mal etwas aufzugreifen, weil ich finde, es geht nicht, dass eine Synode das Votum, das wir von Ivan Walther gehört haben, unkommentiert stehen lässt. Ein Votum, das doch mindestens den Anschein erwecken könnte, wir in der Synode würden finden, dass die Anerkennung der römisch-katholischen Körperschaft, also die öffentlich-rechtliche Anerkennung, als wäre das ein Fehler gewesen. Diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich eine sehr, sehr grosse Kritikerin bin, der römisch-katholischen Kirche. Dass ich vieles unverständlich finde, von der Struktur und Hierarchie und allem. Aber hier zu sagen, das wäre ein Fehler gewesen und gerade hier, wo ja eben demokratische Strukturen vorhanden sind, im Kanton Zürich, also das fände ich eine Schande und ich möchte mich sehr von dem distanzieren, falls es so gemeint gewesen wäre von Ivan Walther, was ich hoffe, dass es nicht so gemeint gewesen wäre.

Dann einfach noch aufgreifend zu den Voten: Ich meine, die Glaubwürdigkeit der reformierten Kirche, der Kirchen überhaupt für ganz, ganz viele Menschen, die hier im Kanton Zürich wohnen, liegt darin, dass wir als Kirche eben die Möglichkeit haben, dem Humanem zu dienen, auch dort, wo es der Staat nicht kann und ich warne sehr davor, dass wir jetzt da irgendwelche legalistischen Überlegungen vorschieben – ich höre es ein bisschen so – und dahinter eigentlich bloss eine Angst ist, wir würden muslimische Gemeinschaften zu sehr stärken. Also ich glaube, wir müssen diesen Freiraum, den wir haben als Kirche, dass wir das Humane, dass wir sehen, dass wir begleiten, dass wir ja in unzähligen Kontakten und langjährigen Erfahrungen sind, dass wir das eben befördern können, wo der Staat vielleicht noch etwas länger dafür braucht. Also da würde ich sehr dafür sein. Das ist, finde ich, ganz, ganz wesentlich. Danke schön.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Gibt es weitere Wortmeldungen zu Kapitel 2?

Peter Schmid (Bäretswil), Evangelisch-kirchliche Fraktion: Ich rede über die beiden Studien, die uns vorliegen. Ich denke, die Lektüre ist lohnend. Wir lernen viel über unsere Kirche, auch die Diskrepanz zwischen Innensicht und Aussensicht ist lehrreich. Ich denke, wir könnten uns auch noch unterhalten über den Aspekt, dass das Verhältnis zum Kanton, wie es jetzt besteht, eben zu einem stärkeren

Nützlichkeitsdenken führt, auch in der Kirche. Ich meine, das wäre auch lohnend, aber ich konzentriere mich jetzt einmal auf das, was in den Studien gesagt wird. Mir sind einige Punkte eingefahren. Während die Kirchen die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als Priorität einstufen und dies zu Recht, erwarten die Zürcherinnen und Zürcher weniger davon. Als würde es kirchlichen Unterricht nicht brauchen. Also die Wertschätzung für diese Angebote für Kinder und Jugendliche ist in den letzten Jahren gesunken. Auch das Interesse an kirchlichen Bildungsanlässen ist weiter geschwunden und was man, wenn man der Widmer Studie glauben will, im Volk am wenigsten mag, sind Beiträge der Kirchen zu aktuellen politischen Debatten. Die Konzernverantwortungsinitiative lässt grüssen.

Und dann ein anderer Satz: Es heisst in der Widmer Studie: «Besonders stark ist der Rückgang des Gottesdienstbesuchs bei denjenigen Befragten, die ausschliesslich einen Gottesdienst der reformierten Kirche besucht haben.» Als wäre den Reformierten das religiöse Musikgehör abhandengekommen. Es gibt Unterschiede zwischen den Kirchen. Wir mögen uns unseren sozialen Diensten rühmen, aber offenbar tun katholische Pfarreien deutlich mehr für Sozialberatung und Entwicklungszusammenarbeit.

Bedenklich auch, der Anteil der Freiwilligen hat sich in sieben Jahren – ich kann es kaum glauben, aber so steht es da – er hat sich halbiert von einem Fünftel auf einen Zehntel. Sie wissen, Gemeindeschreiber wurden auch befragt und jene die antworteten, sie nehmen kirchliche Aktivitäten weniger wahr als 2016 und sie hinterfragen sie mehr: «Im Vergleich zu 2015 fällt auf, dass die Befragten alle abgedeckten Aspekte kirchlicher Tätigkeiten grundsätzlich kritischer bewerten.» Also was wir tun, das wird zwar grundsätzlich gewünscht, auch noch geschätzt, aber klar weniger genutzt und das führt die Autoren zum Urteil einer grösseren Distanz zwischen Landeskirchen und Bevölkerung. Corona wird von vielen Zürchern als verpasste Chance gesehen. Die Kirchen hätten es nicht geschafft: «das Versprechen einer schnellen und unkomplizierten Handlungsfähigkeit für die breite Öffentlichkeit erkennbar umzusetzen und dies, obwohl kirchliche Angebote für vulnerable Gesellschaftsgruppen durchaus wahrgenommen wurden.»

Nun, wir haben auch noch die andere Studie von Lüddeckens, Walthert und Rost und die fördert ja auch viel Erfreuliches zutage. So viel, dass man fast versucht sein könnte, das Schwierige, die Befunde der ersten Studie wegzustecken. Ich nenne nur fünf Punkte, wenn noch Zeit ist. 1. Die Kirchen sind wichtig für das Sozialkapital. Das heisst, sie helfen vielen Leuten mehr zu vertrauen, Beziehungen zu pflegen, Mitmenschen zu helfen. Sie fördern auch psychische Stabilität, gerade bei Jugendlichen, und auch die Motivation zu arbeiten. Zitat 2. Punkt: «Die überwiegende Mehrheit der Zürcher Bevölkerung betrachtet religiöse Bauten als bedeutende kulturelle und soziale Bereicherungen». 3. «Religiöse Menschen, auch Jugendliche und junge Erwachsene haben eine viel stärkere Traditionsorientierung.» Das scheint mir besonders bedeutsam. Religiös geprägte Menschen schwimmen nicht einfach mit dem Strom, sondern sie haben ein stärkeres Selbstbewusstsein, auch Traditionsorientierung. 4. Jugendgruppen sind ganz wichtig. Es wird auch gesagt in der Studie, die Jugendlichen erklärten nicht nur zufriedener, sondern auch gesünder zu sein durch ihre Mitgliedschaft in der Gruppe. Und religiöse Menschen zeigen später, wenn sie erwachsen werden, auch grösseres politisches Interesse.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Weitere Wortmeldungen zu Kapitel 2? Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir zu Kapitel 3: Tätigkeitsprogramm 2026-2031.

Ivan Walther-Tschudi (Urdorf), Liberale Fraktion: Liebe Jacqueline Sonogo Mettner, ich habe nicht gesagt, dass es ein Fehler gewesen sei und – im Gegenteil – ein Teil meiner Familie mütterlicherseits ist katholisch und ich habe sehr gute Freunde und ich lebe auch eine Ökumene in meiner Gemeinde sehr gerne und wir gestalten ganz vieles. Die Frage ist aber schon, die wir uns stellen müssen in dieser Debatte, die heute eigentlich erst beginnt, so ein Startschuss, ob wir richtig fahren, wenn wir einfach gemeinsame Sache machen mit allen, mit den Katholiken, mit irgendwelchen anderen Religionsgemeinschaften oder ob es vielleicht nicht besser wäre, dass wir selbst uns profilieren, selber für unsere eigenen Werte einstehen. Und das ist auch der Grund, weshalb ich mich da gemeldet habe: Es steht nämlich, es wäre möglich gewesen, dass die reformierte Kirche ein eigenes, selbstständiges Tätigkeitsprogramm vorgelegt hätte. Das wurde nicht gemacht. Ich zitiere: «auch, weil das missverstanden hätte werden können». Also, es kann auch umgekehrt sein, dass es missverstanden werden könnte, dass wir zusammen mit den Katholiken in dieser Zeit, in der die katholische Kirche nicht unbedingt gut dasteht, zusammen einfach gemeinsame Sache machen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir den Mut gehabt hätten, ein eigenes Tätigkeitsprogramm vorzulegen und auch unsere Rolle, die aus der Geschichte kommt und die der Tradition, besser darzustellen. Vielen Dank.

Franco Sorbara (Zürich), Evangelisch-kirchliche Fraktion: Auch ich gehöre zu denen, die bei der Vorbereitung des Traktandums zu den Staatlichen Kostenbeiträgen 2026-2031 durch öffentliche Verlautbarungen des Kirchenrats und Vertretern der katholischen Kirche mit Erstaunen festgestellt haben, dass wir im vorliegenden Antrag angehalten werden, als Synode Dinge zu beschliessen, die nach einigen Stimmen nicht durch die aktuelle Gesetzeslage gedeckt sind oder zumindest dahingehend ausgelegt werden können. Wir sollen zur Kenntnis nehmen und bewilligen, was grosses Potenzial hat, nicht nur etliche Mitglieder unserer eigenen Kirche zu irritieren, sondern auch viele derer, die nicht Teil einer kantonalen kirchlichen Körperschaft sind, wie das Kirchengesetz unseres Kantons, die mit Staatsbeiträgen auszustattenden Körperschaften nennt. Bereits wird die geplante massive Unterstützung zweier von vielen möglichen nicht anerkannten Religionsgemeinschaften in den Medien und auch im Kirchenvolk und vielleicht auch in der Gesellschaft hart kritisiert und diskutiert. Das haben wir schon gehört. Sogar in unserer kleinen Kirchengemeinde am Rande der Stadt Zürich gab es bereits am Sonntag ohne jegliches Zutun von mir kontroverse Diskussionen darüber, obwohl das bei uns völlig unüblich ist, weil unsere Gemeinde sich bei politischen Dingen sonst sehr zurückhält. Wir leben in einer Zeit, in der kirchliches Handeln und Wirken, insbesondere wenn es im Zusammenhang mit jeweiligen Regierungssystemen steht, regelmässig unter die Lupe genommen wird. So wurden wir zuerst vor Kurzem in der zweiten Widmer Studie, die ja mit den heute diskutierten Staatsbeiträgen verknüpft ist, mitgeteilt, dass wir uns als Kirche während der Pandemiezeit zu wenig exponiert hätten, dass wir uns zu wenig mutig gegen Restriktionen gewehrt hätten – und da haben wir uns nach den geltenden Massstäben korrekt verhalten. Nun sollen wir etwas tun, was je nach Sichtweise wohl juristisch anfechtbar sein mag, was wohl nicht wenige Menschen vor den Kopf stösst und eventuell nicht mal unsere Aufgabe ist. Ich sehe da einen Abgrund, von dem ich nicht abschätzen kann, wie tief er ist und was uns da unten erwartet. Egal, wie tief er ist und ob da ein schöner See ist oder ein harter Felsen: Wollen wir das wirklich? Meiner Meinung nach können wir bei einer Zustimmung mittelfristig nur verlieren. Deshalb habe ich den Nichteintretens-Antrag unterstützt und votiere nun für die Ablehnung von dem 3. Antrag. In der Ablehnung bekommt der Kirchenrat Zeit, um in Abstimmung mit der römisch-katholischen Kirche, das Geschäft zu überarbeiten. Und wir bekommen Zeit, unsere verschiedenen Sichtweisen vertieft zu diskutieren.

Jetzt noch eine kurze Bemerkung zur «Vorschiebung», was Kollegin Sonogo Mettner angemerkt hat. Ich finde das eine gefährliche Aussage von Vorschiebung zu reden. Man kann auch eine andere Vorschiebung in diesem Geschäft sehen, wenn man möchte. Nämlich, man kann die Vorschiebung darin erkennen, dass wir Angst haben als reformierte Kirche vor weniger Geld in den nächsten Jahren. Deshalb bin ich sehr, sehr irritiert über diese Unterstellung einer Vorschiebung.

Karin Baumgartner-Bose (Hinwil), Liberale Fraktion: Ich wollte nachhaken nach Ivan, weil mich hat der letzte Teil des Berichtes sehr irritiert. Es ging um die Überschrift des Kapitels «Prävention gegen sexuellen Missbrauch.» Es ist nur von der katholischen Kirche die Rede. Sie haben eine Pilotstudie gemacht, es sind Sachen vorhanden. Aber gerade nach Januar, als die ForuM-Studie von der EKD, von der Evangelischen Kirche Deutschland präsentiert wurde, können wir nicht sagen, dass es bei uns kein Thema ist und ich frage mich, wie es dazugekommen ist, dass nichts von unserer Seite dazu steht. Es kamen dann auch Zeitungsmeldungen, dass Rita Famos, EKS-Präsidentin sagte, auch bei uns werden solche Untersuchungen kommen, dass da Bestrebungen im Gang sind und ich denke, wir können uns von diesem Thema nicht einfach ausschliessen, sondern wir müssen die Augen offenhalten. Wir haben etwas schon getan mit dem Kodex, den wir verabschiedet haben, aber im Bericht fehlt mir etwas zu unserer Seite von der reformierten Kirche. Vielen Dank.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zu Kapitel 4 «Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften». Wir unterteilen es: Kapitel 4 und ich frage danach noch 4.1 und 4.2.

Ruth Derrer Balladore (Zürich), Liberale Fraktion: Ich habe es ja in meiner Fraktionserklärung schon angedroht oder angekündigt, je nachdem, wie man es sehen will. Gemäss § 47 der Geschäftsordnung kann, auch wenn auf eine Vorlage eingetreten wurde, was bei uns jetzt der Fall ist, auch später die Vorlage ganz oder teilweise an den Kirchenrat zur Überprüfung oder Änderung zurückgewiesen werden. Ich beantrage deshalb hier die Rückweisung für den Antrag 3. Was sind die Punkte, die unklar sind, die wir gerne geprüft hätten? Wir haben das auch schon verschiedentlich gehört. Ist das Vorgehen grundsätzliche legal? Das ist für uns offen, strittig, wobei wir wissen, zwei Juristen drei Meinungen, ich

darf das als Juristin sagen. Es ist nicht klar, wie die Form gewählt wird: Wird ein Fonds gemacht? Wer steht hinter dem Fonds, damit das Geld dann überhaupt zur Verfügung steht? Nicht klar sind die Vergabekriterien. Nicht klar ist, wie die Empfänger definiert werden. Und es ist nicht klar, wer über die Vergabe entscheidet. Diese Punkte müssen wir geklärt haben und deshalb mein Antrag auf Rückweisung. Ich werde jetzt vorbeikommen und das Formular holen, dass ich das schriftlich notieren kann. Vielen Dank.

Benedict von Allmen (Bonstetten), Religiös-soziale Fraktion: Ich freue mich über den Antrag meiner Vorrednerin, denn ich möchte ihm gerne zustimmen. Es ist definitiv so, und da stimme ich ihr erst recht zu, zwei Juristen drei, vier, fünf, sechs, sieben Meinungen. Ich möchte und ich denke die Mehrheit hier drin sind keine Juristen und die Juristen sind sich nicht einig. Ob das zulässig ist, müssen wir ja nicht beantworten, wenn wir es heute zurückweisen, weil noch ganz viele andere zu Recht kritisierte Punkte offen bleiben. Ich persönlich könnte mir genauso gut vorstellen, dass man die Weitergabe dieser 1 Million im Jahr unter § 19 Absatz 3 des Kirchengesetzes summiert, nämlich, der lautet: «Die kantonalen kirchlichen Körperschaften erhalten Kostenbeiträge, wenn Sie eigene Programme zur Erbringung von Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung erstellen». Wir als Landeskirche wollen zusammen mit der katholischen Körperschaft ein Programm fördern, unterstützen, indem wir anderen, heute nicht anerkannten Religionsgemeinschaften helfen, gesamtgesellschaftliche Dienstleistungen, wie z.B. die Seelsorge im Universitätsspital Zürich anbieten zu können. Einzig dafür wollen wir Unterstützung bieten. Aber, wie gesagt, ob das rechtlich zulässig ist, kann und sollte heute offenbleiben, denn ich stimme sehr für die Rückweisung und Überarbeitung des Antrages. Denn ich denke, wir sollten den Tatsachen ins Auge sehen: unser Selbstverständnis, das ist bereits angeknackst. Wir sind nach der letzten Erhebung mit 45 Prozent für die katholischen und reformierten Mitglieder im Kanton Zürich bereits in der Minderheit. Wir sind bereits geschwächt, im Vergleich zu allen anderen 55 Prozent, die einer der anderen Religionsgemeinschaften oder sogar keiner angehören. Und auch einer weiteren Tatsache müssen wir ins Auge sehen: diese versprochenen und am Horizont schwebenden 300 Millionen an Staatsbeiträgen, die haben wir nicht auf sicher. Wir haben null Garantie dafür, dass wir morgen bzw. dann, wenn der Kantonsrat darüber diskutiert und abstimmt, dass wir mit 300 Millionen aus diesem Saal hier rauslaufen oder ob es nicht 150 oder sogar null Franken sind. Wenn wir heute gar nichts unternehmen und sagen, das können wir uns nicht mal vorstellen, das kommt für uns nicht infrage, dann schwächen wir uns noch weiter. Das ist meine Meinung. Wie Frau Balladore das angemerkt hat, es gibt Kriterien, die wollen wir wissen, die kommen aus dem Tätigkeitsprogramm nicht hervor: die Rechtsform, die Voraussetzung, der Umfang. Es ist nicht klar: Kann eine Religionsgemeinschaft eine Million in einem Jahr weitergeben? Ist das begrenzt? Das ist nicht klar und ich finde, das muss geklärt werden, aber das können wir auch klären, wenn wir heute den Antrag zurückweisen. Vielen Dank.

Siegfried Oswald (Stammheim), Synodalverein: Vorab danke ich der Kirchenratspräsidentin Esther Straub für die stringente Befürwortung des Abschnitantrags 3. Die vorbereitende Kommission, deren Mitglied ich war, ist mehrheitlich zu den gleichen Schlüssen gekommen. Was mich stört, ist, dass ich scheinbar keine Entscheidung mehr treffen kann, ohne Angst zu haben, dass irgendwelche Leute aus der Kirche austreten. Dieses Totschlagargument nervt mich masslos. Ich muss heute ehrlich sagen, ich habe auch mehr Mühe mit der katholischen Kirche und ihren ewigen Missbrauchsleichen, die ausgegraben werden. Die verschafft uns vermutlich mehr Austritte als irgendetwas anderes. Dann möchte ich euch daran erinnern, dass wir im Kanton Zürich im Moment plus-minus 100'000 muslimische Mitbürger haben. Die meisten davon arbeiten und zahlen Steuern. Also, wenn wir vom Staat Geld bekommen, das ist ein Privileg, selbstverständlich, wir sind ja anerkannt. Wobei, es gibt auch viele Stimmen heute, die sagen, es wird endlich Zeit, dass man Kirche und Staat trennt, weil Religionsfreiheit haben wir auch und Religionsfreiheit schützt eigentlich die Kleinen und nicht die Grossen. Also, ich finde, wir sollten heute ein Zeichen setzen und vielleicht haben es einige vergessen: Wir haben heute das Jahr 2024 und wir sprechen vom Zeitraum 2026-2031. Also vermutlich ist eine Rückweisung nötig. Aber es ist ja auch Zeit, dass man die rechtlichen Grundlagen noch schaffen kann. Ich befürchte aber, dass der Kirchenrat und der Regierungsrat eben einen pragmatischen Spagat gemacht hat, weil politisch ist es vielleicht gar nicht durchzusetzen. Aber wir als privilegierte, sogenannte Staatskirche können ein Zeichen setzen, dass wir den Muslimen helfen wollen, dass sie Strukturen schaffen, die eine Anerkennung möglich machen. Und es wird hundertprozentig so sein, dass ein Gremium geschaffen wird, das überwacht, was mit diesem Geld passiert. Das wird nicht einfach mit dem Giesskannensystem verteilt.

Ich hätte noch viel zu sagen. Ich gehöre nicht zu den Juristen. Ich bin eher ein emotionales Kirchenmitglied. Das ist ja manchmal auch nötig. Die Kirche soll ja leben und soll Freude machen und ich höre nie etwas vom neuen Testament, ich höre nie etwas von Jesus, vom Evangelium. Da könnte man einiges, auch für diese Debatte, erwähnen und miteinfließen lassen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Danke.

Christian Meier (Grüt (Gossau ZH)), Evangelisch-kirchliche Fraktion: Ja, damit wir auch entscheiden können, stelle ich den Antrag zur Ablehnung des Rahmenkredits des Ökumenischen Tätigkeitsprogramms, also nicht Rückweisung, sondern Ablehnung. Aus meiner Sicht ist die rechtliche Zulässigkeit nicht gegeben und auch die Grundsätze der evangelisch-reformierten Kirche geben uns nicht diese Möglichkeit. Und ich denke, wir haben jetzt ganz viele Voten gehört. Wir stimmen heute ab oder wir debattieren schlussendlich über das, über diese Grundsätze, über diese gesetzlichen Grundsätze. Das was bis jetzt an religiösen, interreligiösen Arbeiten geleistet wird, wird auch noch weiter geleistet. Also, es wird nicht etwas gekürzt, was schon da ist. Man möchte mehr, aber dieses mehr wird eben nicht erklärt, wie und wer und das geht leider nicht ohne rechtliche Grundlagen. Deshalb Ablehnung dieses Rahmenkredits.

Manuel Joachim Amstutz (Zürich), Religiös-soziale Fraktion: Wir leben in einer ereignisreichen Zeit, nicht erst seit, aber besonders seit der Nacht auf den 7. Oktober, in der Hunderttausende geweckt worden sind. So auch meine Frau und ich durch das App «Red Alert», also «Tzeva Adom». Entscheidendes Detail bei uns, wir waren in der Schweiz und hatten es nur aus Solidarität mit der Verwandtschaft installiert auf dem Handy. Wir sind in der Schweiz und ich bitte Sie hier keine Ressentiments, keine Konflikte zu importieren, sondern Probleme hier vor Ort anzugehen und zu lösen. Wir sind hier im Kanton Zürich.

Als Bewohner des Kantons Zürich bitte ich Sie, und das ist jetzt die politische Dimension dieses Votums, dass wir unser Teil für die gesamte Gesellschaft tun, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur. Die Presse-Erzeugnisse der letzten Tage bzw. der letzten Woche, ich habe es hier mitgebracht die Zürich Zeitung vom Samstag. Sie titelt «Keine Millionen für Mohammed». Das «reformiert», hat auch einen Kommentar-Titel: «Religionen lassen sich nicht spalten». Und ganz mit Sigi Oswald möchte ich Ihnen jetzt natürlich die Frage stellen: Welchen von diesen beiden Titeln halten Sie für evangelischer?

Aber auch, wenn man politisch eine klare Meinung hat, kann diese Position formale Einwände nicht aus der Welt schaffen. Sie haben diese Einwände gehört. Ein entsprechender Antrag ist schon von meiner Fraktionspräsidentin-Kollegin Ruth Derrer eingegangen. Ich möchte, wie immer, ins gleiche Horn blasen wie sie, aber dieses Mal auch von der gleichen Seite: Die Rechtsform muss geklärt werden. Das heisst, es braucht auch Kriterien wie Vergaben vonstattengehen. Das heisst, die Rechtslage muss geklärt sein und das heisst – und das möchte ich besonders betonen –, dass der Kanton da auch dabei ist bei den Entscheiden der Vergabe. All dies muss hieb- und stichfest geklärt sein und dann können wir befinden. Dieser Einwand räumt aber nicht aus der Welt, dass die Zeiten tatsächlich ereignisreich sind. Wir können uns nicht verschliessen vor der Realität. Wir müssen uns darum kümmern, dass die Staatsbeiträge zukunftsfit werden. Schliessen wir die Reihen oder anders gesagt, lassen wir uns nicht spalten. Der Antrag ist gekommen, und zwar auf teilweise Rückweisung nach § 47 unserer Geschäftsordnung, das möchte ich noch einmal betonen: Es handelt sich um eine teilweise Rückweisung. Wer der Meinung ist, dass wir politisch den richtigen Weg eingeschlagen haben, der möchte – das lege ich zumindest ans Herz – dispositiv Ziffern 1 und 2, auch im Sinne der vorberatenden Kommission, zustimmend zur Kenntnis nehmen und sodann die Dispositivziffer 3 zurückweisen. Nur die Dispositivziffer 3 zurückweisen – mit der Begründung, mit der Qualifikation, dass wir das gut finden, aber dass wir es geklärt haben müssen. Auf diesem Weg wären dann eigentlich die formalen Einwände, die ich von den Rechtslehren da drüben gehört habe, aus dem Weg geschafft. Es gäbe also keinen Grund mehr für eine Ablehnung. Weisen wir diese 3. Dispositivziffer zurück und lassen wir uns nicht spalten. Vielen herzlichen Dank.

Yvonne Wildbolz-Zangger (Hettlingen), Evangelisch-kirchliche Fraktion: Wir haben gehört, die Kirche, unsere Kirche soll eine verlässliche Partnerin des Staates sein. Und ich bin dafür, dass wir uns unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind und aber auch nicht kleinreden und gering schätzen, was passiert, was bereits geschehen ist, was am Tun ist. Also vielleicht in Richtung von Jacqueline Sonogo Mettner: Ich denke, dieser interreligiöse Dialog, dieses Gespräch auf Augenhöhe, mit Respekt, mit diesen unterschiedlichen Religionsgemeinschaften, diesen beiden, die da gemeint sind

– aber es gibt ja noch mehr. Ich denke, das ist ja schon ein wichtiger Beitrag, für das Klima und für den religiösen Frieden. Jetzt, mit den Finanzen, die da schon halbwegs versprochen sind. Damit werden Erwartungen geweckt und falls es nicht dazu kommt, wird auch eine Enttäuschung daraus entstehen. Ich denke, diese Enttäuschung wäre dann ein stückweit hausgemacht, weil wir irgendwie nicht die Geduld hatten, zusammen mit jetzt zum Beispiel diesen muslimischen Verbänden einfach darauf hinzuwirken, dass sie wirklich anerkannt werden. Es ist so ein Zwischenschritt und eben eine Erwartung. Und ich habe gelesen in den Unterlagen, es wird ja schon einiges Geld verschoben. CHF 75'000 in die Seelsorge QuaMS (Qualitätssicherung der Muslimischen Seelsorge). Irgendwo habe ich die Zahl CHF 475'000 gelesen, die da bereits von Seiten des Staates fließen und ich denke von dort her könnte man das Ganze wirklich auch ruhiger angehen und nicht einfach das als den Lackmustest sozusagen des interreligiösen Dialogs verkaufen. Jetzt, Manuel hat gesagt, keine Ressentiments und er hat sicher eben den Nahost-Konflikt gemeint. Da bin ich ganz einverstanden. Ich stehe ja ab und zu hier und erinnere an die globale Situation mit der Christenverfolgung. Und da muss ich einfach sagen, das fließt bei mir auch ein, nicht als Ressentiment, aber als Realität und Solidarität mit denen, die leiden. Das sind zum Teil auch Muslime. Es sind vor allem Christen.

Peter Reinhard (Kloten), Synodalverein: Ein limitierter Beitrag von jährlich 2 Millionen Franken, aufgeteilt auf beide Landeskirchen, wird nicht für religiöse Zwecke, sondern für allgemeine Zwecke eingesetzt im Bereich Bildung, Soziales und Kultur, insbesondere auch in den Bereichen Spitalseelsorge, Gefängnisseelsorge und Ausbildung der Predigenden nach unseren demokratischen Standards. VIOZ als Dachverband der muslimischen Religionsgemeinschaften und der Verband orthodoxer Kirchen sind u.a. als Empfänger vorgesehen. Nicht nur diese sind am Beitrag interessiert, sondern auch der Staat, welcher sich dadurch vermehrte Kontrolle bei der Ausbildung der Leute erhofft und transparente Strukturen fördern kann. Ich sage das bewusst, dass die Interessenlage nicht einfach eine religiöse ist, sondern auch eine staatspolitische. In einem als vertraulich abgegebenen Memo der Justizdirektion wird begründet, wieso das rechtlich in Ordnung ist und die Lösung von den nicht anerkannten Religionsgemeinschaften richtig ist. Dabei nimmt das Memo auch auf die gesellschaftliche Entwicklung, die Mitgliederzahlen usw. Bezug. Der kantonale Beitrag ist legitimiert mit den gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirche, welche nach wie vor höher als der Beitrag ist oder sind. Ein Beitrag an die nicht anerkannten Gemeinschaften sind im Bericht als eine, in sich bereits definierte gesellschaftliche Leistung der Kirchen zu sehen. Ein unabhängiges Gutachten hingegen fehlt – ich komme im Fazit darauf zurück. Die 2 Millionen der beiden Landeskirchen könnten einfach über eine einfache Gesellschaft, eine Stiftung, eine Fondslösung oder sonst irgendetwas verwaltet werden, heisst es weiter. Es ist klar, die Regelung ist hier offen. Wir können nicht entscheiden, ob das später gut oder nicht gut ist. Wichtig ist, dass der Kanton dabei ist. Wichtig ist auch, dass beide Landeskirchen dabei wären, um eine transparente Lösung und Umsetzung, aber auch Kontrolle der Verwendung der Gelder zu erreichen.

Ich komme zum Fazit: Das Anliegen der interreligiösen Zusammenarbeit ist unbestritten. Wenn wir wollen, dass wir hier nicht Verhältnisse wie in anderen Ländern mit verschiedenen Religionen haben, dann müssen wir eine anständige Art und Weise des Umgangs miteinander haben. Ich war, glaube ich, an einer der ersten Sitzungen mit dem interreligiösen Austausch mit VIOZ dabei und habe gesehen, damals war man noch skeptischer, dass man sich gegenseitig respektiert und Mühe gibt. Es ist aber rechtlich umstritten, ob Gelder für öffentlich-rechtlich anerkannte Religionsgemeinschaften durch eine Weitergabe an andere Religionsgemeinschaften staatsrechtlich zulässig sind. Das wird auch durch ein internes Memo der Justizdirektion nicht entkräftet. Ich kenne die Juristen, das sind gute Juristen, aber letztlich müssten sie auch das schreiben, was die Chefin will. Also das ist kein unabhängiges Gutachten. Das fehlt einfach und man kann Recht und Bedürfnisse nicht einfach formen, weil man sagt, es ist ein gesellschaftlicher Trend. Wir haben hier einen Rechtsstaat und wir haben das zu prüfen und das hier ist nicht geprüft. Die Verteilung der Gelder ist noch völlig offen, auch wenn der Kanton und die Landeskirchen miteinbezogen werden sollen. Wie die Überwachung im Detail vorgenommen wird, ist auch offen. Es stellt sich die Frage, wieso der Kanton die Gelder nicht selbst verteilt. Wenn es sich um ein staatspolitisches Anliegen handelt, hätte er verschiedene Varianten gehabt. Er hätte z.B. die 6 Millionen direkt sprechen können, für den interreligiösen Austausch. Er hätte aber auch die 300 auf 294 Millionen kürzen können und die 6 Millionen separat machen. Dass man beide Geschäfte verquickt, ist vom Kirchenrat genauso politisch unklug. Weil, wenn es das Referendum gibt, und das wird es geben, dann ist das nicht lustig. Also ich bitte auch unsere Exekutive, ein bisschen politischer zu werden. Und jetzt kommen wir zum Schluss: Ich bin für Rückweisung der Sache. Eine Ablehnung lehne ich ab. Es ist ein Unterschied: Eine Rückweisung gibt die Möglichkeit nochmals zu prüfen, auch mit dem Kanton zu sprechen, ein Gutachten anzuordnen und wieder erneut an die Synode zu kommen. Eine Ablehnung

heisst, wir wollen das nicht und das hat für mich dann ein bisschen den Geschmack: aber also Muslime und Orthodoxe sind vom Teufel, geben wir gar nichts, darum lehnen wir ab. Also ich bin für Rückweisung. Danke.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Es sind noch vier Personen auf der Rednerliste. Wir sind beim Kapitel 4.0. Ich würde die Rednerliste für Kapitel 4.0 nach diesen fünf Personen (*lacht, weil eine weitere Person gedrückt hat*) schliessen und dann fahren wir fort mit 4.1 und 4.2.

Willi Honegger (Bauma), Evangelisch-kirchliche Fraktion: Als ich zum ersten Mal von diesem Geschäft hörte, da war für mich sofort klar, die Gegner unserer Landeskirche können ihr Glück kaum fassen, dass wird Ihnen gerade selbst noch die Munition gegen uns liefern. Vom NZZ-Artikel wurde schon gesprochen, wenn sogar das differenzierte Blatt NZZ schon auch solche Titel zulässt, wie wird es dann im Rest des Blätter-Waldes aussehen. Wie immer man diese Thematik an sich sieht, die Realität, sie muss uns sagen: Damit kommen wir nie durch im Kanton Zürich. Wir können es hier unter uns im Binnenraum noch so edel ausdrücken und noch so gut meinen miteinander. Wir kommen nie durch. Damit wird man uns einen Strick drehen. Es wird eine Dynamik losgetreten, über die wir nachher null Kontrolle haben. Wir werden nachher nicht mehr gefragt, wie wir es gemeint haben. Das gibt ein Kulturkämpfein und wir werden keinen Einfluss haben, wie dann über das diskutiert wird. Und das ist einfach nicht die Handschrift unserer Landeskirche, wie ich Sie kenne, mit vager Rechtsstaatlichkeit, Steuergelder weiterverteilen. Das ist es nicht. Wir müssen diese Sache versenken, die Finger davonlassen. Wissen Sie, der Kanton, er darf Geld verteilen, so wie er will. Und zwar für alles, wozu er eine Mehrheit findet und er soll bitte seine Hausaufgaben tun und das so machen, dass er das so tun kann. Wir verstehen gut, dass der Kanton in ein gewisses Verhältnis zu verschiedensten Religionsgemeinschaften treten will. Er soll es tun. Wir wehren uns als Kirche doch nicht dagegen. Also, lehnen Sie es doch am besten gerade ab.

Ivan Walther-Tschudi (Urdorf), Liberale Fraktion: Vieles wurde ja schon gesagt. Mir war nicht klar, warum eine Million und warum genau diese Organisationen und nicht andere. Ich denke, das war wirklich politisch unklug und ich werde auch den Antrag 3 ablehnen. Vielleicht hätte man ein Angebot machen können dem Kanton, weil etwas möchte ich schon auch noch hinzufügen und hiermit auch Benedict von Allmen ein bisschen widersprechen: Unser reformiertes protestantisches Selbstverständnis hat nicht unbedingt mit der Anzahl Mitglieder zu tun, die wir in diesem Kanton haben, sondern es gibt viele Menschen, konfessionslose, Katholiken und andere, die sich irgendwo auch etwas reformiert fühlen und handeln. Also, ich denke, da müssen wir auch in Zukunft vielleicht weise versuchen, diesen Dialog zu führen und auch andere Religionsgemeinschaften zum Gespräch einladen, aber wir sollten uns nicht scheuen, auch da Kritik anzubringen, wo Kritik angebracht ist. Und auch Dinge infrage zu stellen, die für uns nicht vereinbar sind, mit unserem Verständnis von Staat und von Kirche. Und deshalb, es war ein guter Zug wahrscheinlich in den 60er Jahren die Katholiken so ins Boot zu holen und auch mit diesem neuen System, der Struktur sie zu verpflichten auf die Demokratie und auf diese Werte. Aber das braucht Zeit und es ist nicht unsere Aufgabe, das zu tun bei den anderen Gemeinschaften, sondern das ist der Staat, der da die Führung übernehmen soll. Weil, wenn wir das tun, dann können wir uns nur schaden, denke ich. Ja, und noch zu zum Schluss: Wenn ich irgendwo gefragt bin und es an der Pfarrhaustür läutet, sind es meistens nicht Reformierte, die da kommen. Und in aller Selbstverständlichkeit gehe ich da und nehme ich mir Zeit und gebe ich manchmal oder oft auch etwas mit, weil ich weiss ganz genau, diese Menschen, die nicht reformiert sind, denen müssen wir besonders schauen und auch im Sinne des Evangeliums ihnen mit besonderer Liebe und Willkommenskultur begegnen. Aber das heisst nicht, dass wir auf der institutionellen Ebene alles unterstützen und stärken sollen, was da sich bildet, sondern das ist etwas anderes. Vielen Dank.

Fabio Wüst (Grüt (Gossau ZH)), Evangelisch-kirchliche Fraktion: Ich möchte auf eine gewisse Ironie hinweisen. Und zwar schreiben wir uns als Landeskirche – und wir werben auch damit – auf die Fahne, für Demokratie und Rechtsstaat zu stehen. Dann erstaunt es mich schon, wenn mehrere Redner Leute, die sich mit der Rechtslage auseinandersetzen, als Legalisten, Pharisäer, Rechtsgelehrte, ja, man könnte schon fast sagen, abkanzeln. Man merkt dann halt, wie es im Politischen des Öfteren ist: Wenn etwas politisch wünschbar ist, aber rechtlich nicht geht, dann weicht man auf Begriffe wie: «Ja, es braucht eine pragmatische Lösung» oder «Man muss ja nicht so förmlich sein» hin und genau das passiert bei all diesen Votanten, die dies gesagt haben. Ich habe, wie Julia Neuenschwander, Herr

Kollege Breitenstein, die Rechtslage geprüft, mir hier Gedanken gemacht und bin aus den gleichen und weiteren Gründen zum Schluss gekommen, dass dieses Geschäft, so wie es beantragt wird, mit Antrag 3, ein Umgehungsgeschäft ist und bitte Sie deshalb, darauf hinzuwirken, dass dieser Antrag 3 nicht in der Wirklichkeit Wirkung entfaltet. Besten Dank.

Denise Hegglin (Wettswil a. A.), Liberale Fraktion: Ich möchte gerne meine ganz persönliche Sicht einbringen, einer Sicht einer Nicht-Juristin. Wie bereits gehört, haben wir in der Liberalen Fraktion ausgiebig und auch sehr wohl kritisch über dieses Geschäft diskutiert. Es ist auch so, dass ich mir viele kritische Fragen gestellt habe und diese auch sehe in diesem Geschäft. Und dennoch sehe ich es so, dass wenn diese Grundlage gegeben ist, wie es sie Esther Straub uns geschildert hat, dass dieser rechtliche Rahmen gegeben sein soll, möchte ich diesem Geschäft gerne zustimmen. Eine freiwillige finanzielle Zuwendung an nicht anerkannte religiöse Gemeinschaften ist aus meiner Sicht unbedingt angezeigt. Mit dieser anerkennen wir den Wandel in unserer Gesellschaft und dass andere religiöse Gemeinschaften genauso ihren Platz und Auftrag in unserer Gesellschaft erfüllen. Ich möchte positiv blickend in die Zukunft schreiten und dem Wandel konstruktiv begegnen. Dieses Entgegenkommen ermöglicht es uns proaktiv mitzugestalten und einen Dialog mit den anderen Gemeinschaften weiter auszubauen und zu pflegen, wie wir es bereits tun. Im Vergleich zum gesamten Betrag von 300 Millionen ist es eine kleine Zuwendung. Im Gegenzug bietet er aber Hand für eine positive nachbarschaftliche Entwicklung und ermöglicht eine umfassende Überarbeitung der aktuellen Rechtsprechung. Der Sachverhalt zeigt sich komplex und ist nicht nur auf das Tun der reformierten Landeskirche beschränkt. Am Ende wird der Regierungsrat entscheiden, wie die Finanzierung in Zukunft aussehen wird. Und doch möchte ich ein Zeichen setzen. Ich bitte euch, genau so positiv wie ich in die Zukunft zu blicken, um den Antrag anzunehmen. Besten Dank.

Giorgio Girardet (Wolfhausen), Religiös-soziale Fraktion: Ich wurde ja angesprochen wegen den Pharisäern usw. Was ich gesagt habe, ist, dass es ein Minenfeld ist. Und ich habe den heiligen Stefan, Erzdiakon und Erzmärtyrer, angeführt, um die Gefahren aufzuzeigen. Nach dem Messerattentat in Zürich: Was wurde über die Medien verbreitet? Es wurde gesagt: Es verurteilt die Zürcher Regierung, Stadtpräsidentin Corine Mauch, eine Frau aus dem Aargau, ex-katholisch, aus der Kirche ausgetreten. *(Zwischenruf Kirchenratspräsidentin Esther Straub: Nein, nein reformiert)* Reformiert? Gut. Entschuldigung. Und dann wurde zitiert: Es verurteilt auch der Rat der Religionen des Kantons Zürich. Und hier sehen wir: Wir haben jetzt das erste Mal seit 500 Jahren eine Frau an der Spitze der reformierten Landeskirche, dieser Kirche mit einer grossen weltweit wirksamen Tradition. Aber in der Umarmung mit den anderen Anwesenden und ich sage es jetzt salopp, im Wording der aufgeklärten Stammtischbürger. Der aufgeklärte Stammtischbürger meint den Rat der nützlichen Religiösen. Aber wir müssen mal den Kantonsrat zurückfragen. Ich wurde als Tschingg mit Assimilationspflicht in die Schweiz hineingeboren. Man sprach damals von einer Unité de Doctrine und ich frage den säkularen Staat: Ist die Förderung von Diversität ein Zukunftsmodell? Ich bin jetzt auf der Homepage der VIOZ. Der säkulare Staat ist gestartet mit der Geschichte: Das Bestattungswesen nimmt man den Kirchen weg. Im Kanton Zürich gibt es keine katholischen Gräberfelder. Im Kanton Zürich gibt es keine reformierten Gräberfelder. Es gibt nur staatliche Gräberfelder, aber dieser säkulare Staat hat ... Es gibt jüdische Gräberfelder historisch, ja okay. Und jetzt gibt es auch muslimische Gräberfelder. Also, bevor sich dieser Staat so aufplustert... Und es gab... ein Pfarrer hat die Justizdirektion damals deutlich darauf aufmerksam gemacht, dass das nicht im Sinne des säkularen Rechtsstaates ist, muslimische Gräberfelder zu bewilligen. Da sind dann die Prinzipien plötzlich verhandelbar. Also, wir haben ein Gegenüber, das sehr schwierig ist und was mich am meisten gefreut hat bei diesem ganzen Tätigkeitsbericht: 2025 feiern wir 450 Jahre vom Tod Bullingers. Lernen Sie über diesen Mann. Zu seiner Zeit wurde in Zürich erstmals der Koran auf Lateinisch übersetzt. Und Bullinger hat ein grosses Problem: Er wollte die Geschichte der Schweiz schreiben, ging nicht, weil die Hälfte der Schweiz war beim Anti-Christen. Also schrieb er die Geschichte Zürichs oder der Tiguriner. Und er sagt uns in seiner Chronik, die Tiguriner seien schon zu Zeiten Abrahams hier gewesen und wir wissen nicht genau, ob sie von Sem oder von Jafet abstammen. Das heisst, im Herzen Bullingers war Platz für alle, die an einen Gott glauben und im Frieden zusammenleben wollen. Und darum wäre es auch ein sehr idealistischer Anspruch, klar, dass wir hier freudig ja sagen. Aber wir leben in der babylonischen Gefangenschaft dieses säkularen Rechtsstaates und in der babylonischen Gefangenschaft der Meinungspresse und nicht alle von uns wollen wie der gesteigerte heilige Stephanus enden. Vielen Dank.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Wir haben Kapitel 4 abgeschlossen. Wir haben noch 4.1, also 4.0 haben wir abgeschlossen. Gibt es Wortmeldungen zu 4.1 Rahmenkredit? Keine Wortmeldungen. Gibt es Wortmeldungen zu Kapitel 4.2 Einsatz der Mittel? Wir hatten eine angeregte Diskussion, das zeigt sich jetzt in den Unterkapiteln. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die Detailberatung ist damit abgeschlossen. Zuerst darf die vorberatende Kommission noch etwas sagen. Wünschst du? Nein, keine Wortmeldung seitens der vorberatenden Kommission. Dann hat die Minderheit der vorberatenden Kommission? Auch kein Bedürfnis für eine Wortmeldung. Die Finanzkommission, Bettina Diener? Auch nicht, besten Dank. Und jetzt hat der Kirchenrat das Schlusswort.

Kirchenratspräsidentin Esther Straub: Ich reagiere gerne noch auf ein paar Voten:

Karin Baumgartner, du hast die Missbrauchsstudie angesprochen. Wir sind im Bericht zur Periode 2020-2025 intensiv auf unser Schutzkonzept eingegangen, das in Kraft ist und das wir ausgearbeitet haben. Es ist noch nicht klar, wie wir die Vergangenheit aufarbeiten, dass wir sie aufarbeiten, ist klar. Wir sind mit der EKS im Gespräch, wie das Studiendesign aussehen soll. Eventuell auch eine Studie mit dem Kanton, wie wir ja bereits Erfahrung haben, um zu schauen, was sind denn die Unterschiede? Denn die Kirche war ja identisch strukturiert in diesen Jahren, wie der Kanton auch, also Schulgemeinden, Kirchgemeinden, es gibt keine Differenzen.

Sie zweifeln an der Rechtmässigkeit. Es ist nicht restlos geklärt, das ist so. Aber noch einmal, wir reichen beim Regierungsrat ein Tätigkeitsprogramm ein und der Kantonsrat wird auf Grundlage dieses Tätigkeitsprogramms entscheiden. Es ist alles transparent. Wir müssen hier nicht hieb- und stichfest abklären, ob es rechtlich haltbar ist, was wir vorschlagen, es ist auch ein politisches Ermessen. Und dass der Staatsrechtsprofessor Uhlmann in seiner ersten Einschätzung grünes Licht gibt, das ist nicht vertraulich, das habe ich hier offiziell gesagt. Und Professor Uhlmann muss nicht schreiben, was die Regierung sagt, er ist da frei. Es ist keine Anerkennungsvorlage, noch einmal, das ist wichtig, sondern es geht um die Unterstützung anderer Religionsgemeinschaften im Sinne des interreligiösen Dialogs und dieser interreligiöse Dialog ist eben auch in der Kantonsverfassung verankert und er ist auch in unserer Kirchenordnung verankert.

Wir gehen es ruhig an, Ivan Walther. Wir anerkennen keine Religionsgemeinschaften, sondern wir ermöglichen eben diesen 100'000 MuslimInnen in Zürich, dass sie z.B. jetzt Spitalseelsorge erhalten können. Das ist Low Level. Es ist aber eben nicht unsere Haltung zu sagen, Pech gehabt, wenn ein muslimischer Patient im Spital liegt und keine Leistung erhält. Reformiert wird er nämlich deswegen nicht, Ivan Walther. Er wird höchstens frustriert. Und Jürg Fässler, Hoffnung verbreiten wir bei jungen Menschen, wenn Sie sehen, dass wir Religionsgemeinschaften hier im Kanton Zürich – und viele können mit diesen Religionsgemeinschaften heute nichts mehr anfangen – sie bekommen Hoffnung, wenn Sie sehen, wir stehen hier zusammen. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren, wir bekämpfen uns nicht, sondern wir stehen zusammen. Wir üben auch gegenseitig Kritik, auch das gehört zum interreligiösen Dialog. Das machen wir, also, wir sind da nicht irgendwie handzahn. Das findet auch statt. Und Willy Honegger, die NZZ, die schreibt schon lange gegen die Staatsbeiträge an. Derselbe Herr Geissler hat schon im November geschrieben, dass wird die Staatsbeiträge nicht mehr verdienen. Das ist nichts Neues. Wenn er sich jetzt islamophob äussert, sehe ich das eher als eine Verunsicherung, als eine Verzweiflung an, dass ihm die Sachargumente anscheinend nach den Studien ausgegangen sind. Wir leisten enorm viel, wir machen extrem Gutes. Wir stehen zusammen mit den anderen Religionsgemeinschaften, da verschlägt es der NZZ die Sprache.

Es ist, noch einmal, kein Automatismus. Natürlich kontrollieren wir, wohin die Gelder fließen. Ich habe in der NZZ gesagt, Corinne Duc hat es zitiert: Wir wissen von jedem Franken, wohin er geht. Ich verstehe, noch viele Details fehlen. Das ist so, das haben wir auch in der Kommission nicht bestritten. Der Kirchenrat hätte sich gewünscht, dass die Synode für die Umsetzung ihm Vertrauen entgegenbringt, aber wir können selbstverständlich, wenn Sie das wünschen und zurückweisen, die Details auch nachliefern und dann sehen Sie, wie die Details aussehen. Also, wenn Sie jetzt Rückweisung beschliessen, einfach, was das heissen würde, dann würden wir vermutlich 2025, sofern uns die 300 Millionen wieder gesprochen werden, Ihnen erneut den Rahmenkredit präsentieren, dann mit mehr Informationen, die zeigen, wie genau jetzt diese Form aussieht, ob es ein Fonds ist oder eine Stiftung, wer genau darüber bestimmt, was die Bedingungen sind, um daraus Geld zu erhalten. Ich danke für die sehr gute Diskussion und ja, bin jetzt gespannt auf das Abstimmungsergebnis.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Wir werden zuerst die Anzahl Personen ermitteln und danach über Antrag 1, Antrag 2, Antrag 3 und allenfalls auch Antrag 4 abstimmen und zum Schluss die

Schlussabstimmung machen. Bei Antrag 3 gab es zwei verschiedene Anträge dazu. Ich werde dort das Vorgehen erklären, was und wie wir dort abstimmen werden. Antrag 1 und Antrag 2 laufen wie gewohnt. Wir kommen zur Präsenzabstimmung: Bitte drücken Sie jetzt.

Wir sind 108 Personen, die im Saal abstimmen dürfen, respektive 107, weil ich darf nur wenn es zum Stichentscheid kommt.

Dann kommen wir zu den Anträgen im Bericht des Kirchenrates. Ich lese Ihnen die Anträge einzeln vor.

Wir starten bei Antrag 1: «Vom Bericht betreffend Ökumenischer Bericht der Reformierten und der Katholischen Kirche im Kanton Zürich zur Verwendung der Kostenbeiträge des Staates in der Beitragsperiode 2020–2025 wird zustimmend Kenntnis genommen.» Ich frage sie: Wird ein Gegenantrag gestellt?

Das ist nicht der Fall. Antrag 1 ist genehmigt.

Wir kommen zu Antrag 2: «Vom Bericht des Kirchenrates betreffend Tätigkeitsprogramm 2026–2031 der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich und der Römisch-katholischen Körperschaft im Kanton Zürich wird zustimmend Kenntnis genommen». Auch hier frage ich Sie: Wird hier ein Gegenantrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Antrag 2 ist genehmigt.

Jetzt kommen wir zu Antrag 3. Ich muss Sie hier nicht fragen, ob ein Gegenantrag gestellt wird, weil bereits Gegenanträge gestellt wurden. Ich lese den Antrag 3 zuerst vor, damit alle wissen, um was es geht: «Vorbehältlich der Bewilligung des Rahmenkredits 2026–2031 von 300 Mio. Franken durch den Kantonsrat für staatliche Kostenbeiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften für Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wird zur Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften in den Jahren 2026–2031 ein Rahmenkredit von 6 Mio. Franken bewilligt.» Gemäss Geschäftsordnung stimmen wir zuerst über die Rückweisung ab.

Es ist ein Antrag auf Rückweisung gestellt worden. Ich lese Ihnen diesen vor: «Ich beantrage die Rückweisung von Antrag 3». Das Ich ist Ruth Derrer Balladore. «Ich beantrage die Rückweisung von Antrag 3, den Rahmenkredit für die Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften. Die Gründe sind unklar, ob das Vorgehen legal ist. Die Form der Trägerschaft des Fonds ist nicht klar. Die Vergabekriterien sind nicht klar. Und wer entscheidet über die Vergabe? Das ist auch nicht klar. Wie werden die Empfänger definiert? Erst nach Klärung dieser Fragen ist ein Entscheid möglich.»

Der Antrag lautet auf Rückweisung für Antrag 3. Wir stimmen mit der Abstimmungsanlage ab und zwar, wenn Sie für die Rückweisung von Antrag 3 sind, stimmen Sie ja, wenn Sie gegen die Rückweisung von Antrag 3 sind, stimmen Sie nein und sonst die Enthalten-Taste.

Sie haben mit 98 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen Antrag 3 des Kirchenrates zurückgewiesen. Damit wird der Gegenantrag zur Ablehnung hinfällig und ebenso Antrag 4. Antrag 3 ist zurückgewiesen und wir kommen in dem Moment zur Schlussabstimmung.

Jetzt hat es eine Wortmeldung. Hannes Aeppli bitte, aber kurz wenn es geht.

Hannes Aeppli (Winterthur), Synodalverein: Im Vergleich zu einigen Vorrednern werde ich kurz sein. Dieses Abstimmungsverfahren ist meiner Ansicht nach falsch. Der Hauptantrag ist der Antrag des Kirchenrates. Wir haben zwei Gegenanträge. Man müsste in einer Eventualabstimmung zuerst ... gut ihr winkt ab. Man lese die Geschäftsordnung.

Synodenpräsidentin Simone Schädler: Es ist § 100: Wenn Rückweisung gestellt wird, wird über diesen zuerst abgestimmt. Wir haben es geklärt. Wir haben es vorwärts und rückwärts gelesen. Es sind drei, vier, fünf Personen, die das jetzt geklärt haben und jeder hat eine andere Meinung, auch wenn wir Nicht-Juristen sind. Genau wegen dem habe ich jetzt sehr das Gefühl, dass das Vorgehen korrekt ist.

Also, Antrag 3 ist zurückgewiesen. Antrag 4 entfällt und wir kommen zur Schlussabstimmung. Und dafür benutzen wir noch einmal die Abstimmungsanlage. Also, wer dem bereinigten Bericht und Antrag des Kirchenrates also ohne Antrag 3 vom 13. Dezember 2023 betreffend den staatlichen Kostenbeiträgen zustimmt, drücken bitte die Ja-Taste, wer ihn ablehnt die Nein-Taste und sonst die Enthalten-Taste. Bitte drücken Sie jetzt.

Sie haben mit 74 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen in der Schlussabstimmung dem bereinigten Antrag und Bericht des Kirchenrates zugestimmt.

Ich möchte Ihnen für die angeregte Debatte danken. Ich danke auch der vorberatenden Kommission, der Finanzkommission und dem Kirchenrat für seine Arbeit und ich denke auch Sie, in den einzelnen Fraktionen haben sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt und entsprechend hatten wir heute eine

lebhaft Diskussion. Die Türen können wieder geöffnet werden. Besten Dank. Und, wir machen eine 10-minütigen Pause. Um zehn vor eins geht es weiter. Die Fraktionspräsidien sollen schnell zu uns vorkommen bitte.

Die Kirchensynode beschliesst:

1. Der Ordnungsantrag von Benedict von Allmen (Bülach) auf Abbruch der Eintretensdebatte wird mit 60 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.
2. Der Antrag von Julia Neuenschwander (Unteringstringen) auf Nichteintreten wird mit 48 Ja-Stimmen, 54 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.
3. Präsenzabstimmung: Quorum 108 Stimmen
4. Vom Bericht betreffend Ökumenischer Bericht der Reformierten und der Katholischen Kirche im Kanton Zürich zur Verwendung der Kostenbeiträge des Staates in der Beitragsperiode 2020–2025 wird ohne Gegenantrag zustimmend Kenntnis genommen.
5. Vom Bericht des Kirchenrates betreffend Tätigkeitsprogramm 2026–2031 der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich und der Römisch-katholischen Körperschaft im Kanton Zürich wird ohne Gegenantrag zustimmend Kenntnis genommen.
6. Der Gegenantrag von Ruth Derrer Balladore (Zürich) auf Rückweisung des Antrags auf einen Rahmenkredit von 6 Mio. Franken zur Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften in den Jahren 2026–2031, vorbehältlich der Bewilligung des Rahmenkredits 2026–2031 von 300 Mio. Franken durch den Kantonsrat für staatliche Kostenbeiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften für Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, wird mit 98 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.
7. Schlussabstimmung: Der bereinigte Antrag auf die Staatlichen Kostenbeiträge 2026-2031 wird mit 74 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Für richtigen Auszug

Simone Schädler
Präsidentin

Barbara von Gunten
1. Sekretärin